

AUSLANDSINFORMATIONEN

Sonderausgabe

in Kooperation mit

Frankfurter Allgemeine

Was kostet die Freiheit?

Zur Zukunft
der westlichen
Sicherheitspolitik

AUSLANDSINFORMATIONEN

Sonderausgabe 2022

Liebe Leserinnen und Leser,

„aus heutiger Sicht ist kaum mehr nachzuvollziehen, wie optimistisch westliche Eliten noch vor einer Generation die Zukunft ihres Politik- und Gesellschaftsmodells einschätzten“, schreibt der Politikwissenschaftler Peter R. Neumann in seinem jüngst erschienenen Buch „Die neue Weltunordnung“. Die Sowjetunion war zerfallen, der Kalte Krieg vorbei, die Vormachtstellung des Westens unangefochten. „Fast niemand konnte sich vorstellen, dass ein System, das konsequent auf Freiheit und menschliche Selbstverwirklichung setzte, jemals unter existenziellen Druck geraten würde.“

Doch tatsächlich sind wir Zeuge von Entwicklungen in den internationalen Beziehungen, die mit den optimistischen Zukunftsentwürfen der frühen 1990er Jahre wenig gemein haben und häufig mit Begriffen wie „Systemkonkurrenz“ oder „Systemwettbewerb“ gefasst sowie als Konflikt zwischen Demokratien und Autokratien gedeutet werden. Selbst wer dieser Deutung nicht in Gänze folgen will, kommt nicht an der Einsicht vorbei, dass es rascher strategischer Weichenstellungen bedarf, wenn sich das Modell der liberalen Demokratie angesichts des Aufstiegs Chinas zur Supermacht und der imperialistischen Ambitionen Russlands behaupten soll.

In Deutschland ist dies vielen erst am 24. Februar dieses Jahres wirklich bewusst geworden, als der russische Präsident Wladimir Putin die offene Invasion der Ukraine befahl. Mit den russischen Truppen, die in Richtung Kiew marschierten, wurden viele vermeintliche Gewissheiten in der hiesigen Außen- und Sicherheitspolitik erschüttert. Die Idee, Russland durch enge Wirtschaftsverbindungen einzuhegen, ist gescheitert. Und die Vorstellung, dass eine auf militärischer Gewalt beruhende Expansionspolitik in Europa ein Relikt der Vergangenheit ist, entpuppte sich als Trugschluss.

Welche Schritte aber müssen liberale Staaten wie Deutschland gehen, um den Anforderungen dieser neuen Zeit gerecht zu werden? Wie lassen sich Demokratie und Freiheit stärken angesichts globaler Machtverschiebungen und zunehmend aggressiv auftretender autoritärer Kräfte? Und welche Vorstellungen von der Zukunft der internationalen Ordnung haben diese Kräfte? Zur Diskussion über diese Fragen soll die vorliegende Sonderausgabe der Auslandsinformationen einen Beitrag leisten. Sie ist in Kooperation mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung entstanden und wirft den Blick auf ganz unterschiedliche Regionen und Akteure.

Einer dieser Akteure ist – natürlich – China. Die Volksrepublik, ein repressiver Einparteiensstaat, ist wirtschaftlich ein globaler Machtfaktor, den niemand ignorieren kann. Doch auch geopolitisch tritt das Land immer ambitionierter auf. China rüstet militärisch auf, setzt Zeichen im Konflikt um Taiwan und wirbt weltweit für ein politisches System, das von einer liberalen Demokratie nicht weiter entfernt sein könnte. Dabei fallen die chinesischen Avancen – genau wie russische Kriegspropaganda – etwa in Lateinamerika oder Afrika durchaus auf fruchtbaren Boden.

Der Aufstieg Chinas hat zu einer außenpolitischen Neuausrichtung der USA geführt. Die Vereinigten Staaten, die Schutzmacht Europas, verschieben zunehmend ihren Fokus – weg vom Nordatlantik, hin nach Asien. Die Rivalität mit China steht im Zentrum aller außenpolitischen Überlegungen in Washington. Daran ändert auch das so wichtige amerikanische Engagement für die Ukraine langfristig nichts.

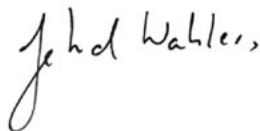
Für Europa hat das vielfältige Konsequenzen, allen voran in Fragen der Sicherheit. Vieles, was derzeit die US-Amerikaner übernehmen, werden die Europäer in Zukunft selbst tun müssen. Dabei wird es nicht zuletzt um eine glaubwürdige Abschreckung Russlands gehen. Es ist offenkundig, dass es dem Putin-Regime bei dem Angriff auf die Ukraine nicht nur um die Einverleibung von Territorien geht, sondern auch darum, zu verhindern, dass sich das Nachbarland weiter in Richtung Westen orientiert. Putin fürchtet die Strahlkraft einer Demokratie vor der eigenen Haustür, betrachtet sie als unmittelbare Bedrohung für sein eigenes Herrschaftssystem. Er sieht sich in einem Krieg mit dem Westen und macht aus seinen revisionistischen Großmachtplänen keinen Hehl.

Darauf angemessen zu reagieren, wird auch der deutschen Politik einiges abverlangen. Im militärischen Bereich müssen Lücken geschlossen werden, die in den vergangenen Jahrzehnten entstanden sind. Dabei ist klar: Die Investitionen im Rahmen der sogenannten Zeitenwende können nur ein erster Schritt sein. Es ist weit mehr nötig, will Deutschland den Teil zur Sicherheit Europas beitragen, den die Verbündeten von der größten Volkswirtschaft der EU erwarten. Das aber wird etwas kosten.

Es wird deshalb künftig auch darum gehen, die Menschen von der Notwendigkeit einer solchen Politik und der Bereitstellung der dafür erforderlichen Ressourcen zu überzeugen. Dass Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik in der deutschen Öffentlichkeit lange Zeit ein Schattendasein fristeten, macht die notwendige Neuausrichtung nicht einfacher. Es gilt also, das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass Freiheit und Frieden nicht selbstverständlich sind, sondern gepflegt und geschützt werden müssen – und dass Deutschland hier deutlich mehr leisten muss als bislang.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Ihr

A handwritten signature in black ink that reads "Gerhard Wahlers". The signature is written in a cursive, slightly slanted style.

Dr. Gerhard Wahlers ist Herausgeber der *Auslandsinformationen* (Ai), stellvertretender Generalsekretär und Leiter der Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung (gerhard.wahlers@kas.de).

Was kostet die Freiheit?

Zur Zukunft der westlichen Sicherheitspolitik



6 

Die erste Schlacht der neuen Zeit

Wir leben jetzt in der multipolaren Welt.
Sie verlangt Deutschland Kompromisse ab.

[Nikolas Busse](#)

8 

Wie nachhaltig sind Schockmomente?

Was sich aus dem Krieg in der Ukraine lernen lässt

[Frank Priess](#)

11 

Das Ringen um Einfluss

Die Vereinten Nationen als Spielfeld des Systemwettbewerbs

[Andrea Ellen Ostheimer](#)

14 

Immer einen Schritt hinterher?

Deutsche Sicherheitspolitik nach dem NATO-Gipfel von Madrid

[Philipp Dienstbier](#)

17 

Ohne die USA ist alles nichts

[Klaus-Dieter Frankenberger](#)

19 

Fordernder Partner

Warum die USA künftig mehr auf sich selbst schauen dürften

[Paul Linnarz](#)

22 

Vormarsch mit feiner Klinge

China setzt seine Ordnungsvorstellungen viel subtiler durch als Russland, über Langfriststrategien wie die neue Seidenstraße, eigene Normen und Standards. Fallen dem Westen seine Abhängigkeiten abermals vor die Füße?

[Christian Geinitz](#)

27 

Vom Biss des Bären lernen,
den Drachen zu bändigen?

Implikationen des russischen Angriffskrieges für Deutschlands neue Chinastrategie

[Johann Fuhrmann](#)

30 

Status quo post

Nancy Pelosi hat Taiwan besucht, China fühlte sich davon provoziert. Nun versuchen alle Seiten, ihre Interessen zu sichern.

[Friederike Böge / Sofia Dreisbach](#)

34 

Aufbruch mit zwei Säbeln

Russlands antiwestliche Bündnisse
[Friederike Böge / Friedrich Schmidt](#)



36 **Äi**

Zwischen den Stühlen

Entwicklungs- und Schwellenländer im sich verschärfenden Systemkonflikt

[Sebastian Enskat/Magdalena Jetschgo-Morcillo/Maximilian Römer](#)

39 **Äi**

Höchste Zeit, zu handeln

Europa muss dem Werben Chinas und Russlands in Lateinamerika entschiedener entgegenreten

[Sebastian Grundberger](#)

42 **Ɔ**

Angst vor der Achse China-Russland-Pakistan

Indien, der „Wertepartner“ des Westens, nimmt weiter Rücksicht auf Moskau

[Till Fährders](#)

45 **Äi**

Putins Fürsprecher

Wie sich die russische Kriegspropaganda in Afrika verbreitet

[Christoph Plate](#)

48 **Äi**

In den Fängen der Diktatoren?

Warum wir wirtschaftliche Abhängigkeiten reduzieren, aber Abschottungstendenzen widerstehen müssen

[Jan Cernicky](#)

51 **Ɔ**

Ein neuer Mythos Westen

Die Ukraine kämpft um ihre Zukunft als westliches Land. Das sollte den Westen dazu bringen, neu über sich selbst nachzudenken.

[Stefan Kolev](#)

56 **Ɔ**

Biden entdeckt die Südsee

Jahrelang haben die USA die Kleinstaaten im Stillen Ozean links liegen lassen. China sprang in die Bresche. Jetzt denkt Amerika um: Ein Gipfel soll die Wunden heilen.

[Christoph Hein/Winand von Petersdorff](#)



[Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.07.2022, Nr. 161, S. 1](#)

Die erste Schlacht der neuen Zeit

Wir leben jetzt in der multipolaren Welt.
Sie verlangt Deutschland Kompromisse ab.

Nikolas Busse

Es ist noch gar nicht so lange her, etwa zwanzig Jahre, dass sich viele deutsche, vor allem linke Politiker eine multipolare Welt wünschten. In der leben wir jetzt. Man wird nicht sagen können, dass es ein besseres Leben ist als in der Welt, in der die Vereinigten Staaten (und der Westen insgesamt) die Vorherrschaft hatten. Das gilt zumindest für Europa. Der Kontinent erlebt einen massiven imperialistischen Angriffskrieg, es wird wieder aufgerüstet, die Energiesicherheit Deutschlands ist dahin. Die Stabilität, die Europa in den vergangenen Jahrzehnten auszeichnete, ist insgesamt gefährdet, eine alte Geißel des Kontinents kehrt zurück: die Machtpolitik.

Man kann sich lange darüber streiten, ob Putin den historischen Moment wirklich richtig erfasst. Russland mag heute stärker sein als zu Amtsantritt des Präsidenten. Eine Armee allein reicht aber nicht zur Großmacht. Russland hat die Volkswirtschaft eines Schwellenlandes. Ökonomisch gesehen, legt sich gerade ein Land von der Stärke Brasiliens oder Südkoreas mit dem gesamten Westen an. Der ist ihm vielfach überlegen.

Dass Putin diese Kraftprobe sucht, hat trotzdem mit der Machtverschiebung zu tun, die von der Globalisierung hervorgerufen wurde. Die Gruppe der G 7, die bei den Russlandsanktionen den Takt vorgibt, steht aktuell für etwa 43 Prozent der

Weltwirtschaft. Das ist eine beeindruckende Zahl für nur sieben Länder. Aber vor drei Jahrzehnten waren es fast noch siebzig Prozent.

Der schleichende Machtverlust des Westens macht sich längst auch politisch bemerkbar. Viele westliche Ziele lassen sich heute nicht mehr gegen Schwellen- und Entwicklungsländer durchsetzen, das war schon vor dem Ukrainekrieg so. Die gescheiterten Interventionen im Irak, in Afghanistan, in Libyen oder in Mali sind Belege für eine massive Überdehnung Amerikas und Europas, auch für Selbstüberschätzung. Die daraus resultierenden innenpolitischen Konflikte haben das westliche Lager weiter geschwächt.

Man würde Putin zu viel Ehre antun, wenn man glaubte, er habe all das genau in sein Kalkül einbezogen. Sein Vorgehen in der Ukraine ist von einiger Improvisation geprägt, mit den westlichen Sanktionen hat er in diesem Ausmaß erkennbar nicht gerechnet. Aber in einem hat er sich nicht vertan: Seine Allianz mit China hält, und die Mittelposition von Ländern wie Indien kommt ihm ebenfalls zugute, sogar materiell. Wenn man so will, ist der Ukrainekrieg tatsächlich die erste Schlacht des multipolaren Zeitalters. Ein (Wieder-)Aufsteiger will die herrschende Ordnung mit Gewalt aushebeln. Dass andere aufstrebende Mächte dabei zusehen, sogar begrenzt Hilfe leisten, ist schon ein Erfolg für Putin. Ein militärischer Konflikt wird noch lange nicht zum „Weltkrieg“, nur weil er in Europa ausgetragen wird.

Nach der klassischen Außenpolitik, einer in Deutschland heute weitgehend unbekanntem Lehre, muss der Westen nun versuchen, Putins Verbündete auf seine Seite zu ziehen. Im Kalten Krieg hat das vor allem mit China geklappt, Amerika konnte die Volksrepublik von der Sowjetunion loslösen. Gerade für die Europäer, die von der russischen Expansion direkt bedroht sind, böte sich diese Strategie an. Putin kann sich das Ausgreifen in Richtung Westen nur leisten, weil er Ruhe im Osten hat.

Zwei Faktoren stehen dem entgegen. Der eine ist die amerikanische Sicht, dass China das eigentliche Problem sei. Da Europa sich nicht selbst gegen Russland verteidigen kann, wird es keine Chinapolitik verfolgen können, die der Grundlinie in Washington zuwiderläuft. Europa ist von Amerika heute wieder so abhängig wie vor dem Fall der Mauer. Für das militärisch schwache Deutschland gilt das in besonderem Maße.

Der andere Faktor ist der unterliegende weltanschauliche Konflikt. Über den wird in Deutschland mit der üblichen moralischen Überhöhung geredet, real ist er trotzdem. Russland und China wollen einen autoritären Gegenentwurf zum demokratischen Modell des Westens durchsetzen, sie sprechen ganz offen davon. Die Vorstellung, man könne sich da in irgendeiner Form auf eine Koexistenz einigen, ist weltfremd. Das hat schon im Kalten Krieg nicht funktioniert, die Sowjetunion musste niedergerüstet werden.

Also geht es darum, andere einflussreiche Staaten zu Verbündeten zu machen. Das sind bei Weitem nicht nur Argentinien, Indien, Indonesien, Senegal und Südafrika, die Scholz auf den G-7-Gipfel eingeladen hatte. Zu den vielen Dingen, die Deutschland dabei (wieder) zu lernen hat, gehört, dass potentielle Partner nicht die Bekehrung zu Werten erwarten, die man in Berlin für universell hält, sondern die Berücksichtigung ihrer Interessen. In der neuen multipolaren Welt werden Deutschland und Europa noch viele Kompromisse machen müssen. Die Frage ist, ob man sie mit Putin machen will.

Nikolas Busse ist bei der F.A.Z. verantwortlicher Redakteur für Außenpolitik.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de.



Quelle: © Michele Tantussi/Reuters

Wie nachhaltig sind Schockmomente?

Was sich aus dem Krieg in der Ukraine lernen lässt

Frank Priess

„Zeitenwende“, das Kanzlerwort aus dem Februar dieses Jahres bleibt das Wort der Stunde, vieles mag speziell den etwas Älteren auch als ein „Zurück in die Zukunft“ vorkommen. In jedem Fall ist es bemerkenswert, in welcher kurzen Zeit sich Beurteilungsparameter ändern können, an deren Grundlagen gleichwohl schon länger gezweifelt werden konnte. Warum nur braucht es immer Schockerlebnisse für den Abschied von Illusionen? Es ist ja keineswegs so, wie jetzt gern überall behauptet wird, dass „wir alle uns geirrt haben“ – es gab sie, die Warner und klugen Analysten, nur Gehör wollte man ihnen nicht schenken, wollte sich die eingeübten Denkroutinen nicht kaputt machen lassen, wollte einmal mehr nicht glauben, was ein autoritärer Führer sagte

und schrieb, nicht einmal dann, als er begann, es zu tun.

Russlands erneuter und diesmal offener Überfall auf die Ukraine vom 24. Februar hat mit brutaler Deutlichkeit klargemacht, dass klassische Machtpolitik – in Putins Fall mit langem Vorlauf und garniert mit nostalgischer Großreich-Rhetorik – mit militärischen Mitteln gerade für autoritäre Systeme zum Instrumentenkasten gehört, den man diesbezüglich in Deutschland schon weitgehend entleert hatte.

In der Ukraine jedenfalls wird gerade, das ist eindeutig, mehr verteidigt als die Freiheit und Unabhängigkeit des Landes selbst. Russland ist in

Europa im Gegensatz zur Sowjetunion im Kalten Krieg keine Status-quo-Macht, sondern eine, die aktiv und notfalls mit Gewalt Grenzen verschieben will und sich in einem Systemkonflikt mit dem „Westen“ sieht, dessen „Dekadenz“ gerade Putin mehr als einmal als Feindbild projiziert hat. In jedem Fall testet er die Resilienz und die Wehrhaftigkeit dieses Westens und hoffte, dass diese so gering ausgeprägt sein würden, wie es seiner Perzeption entsprach. Anhaltspunkte dafür, dass es um jene Wehrhaftigkeit nicht allzu gut bestellt sein könnte und man nach erster Aufregung und Schockstarre schnell wieder zur Tagesordnung übergehen würde, hatte er leider genug.

Deutschland dürfte er dabei durchaus als besonderen Schwachpunkt im westlichen Mauerwerk identifiziert haben: kein Bedrohungsgefühl bei der Bevölkerung, entsprechend vernachlässigte Streitkräfte, durch Umfragen bestätigte „Zurückhaltung“ bei der Erfüllung von NATO-Beistandsverpflichtungen, der vielfache Wunsch nach „Sonderbeziehungen aus historischer Verantwortung“ gegenüber Russland – und sei es über die Köpfe der mitteleuropäischen Nachbarn hinweg –, wirtschaftsgetriebene Vernachlässigung von geo- und sicherheitspolitischem Denken, eine fehlende strategische Kultur, ein latenter Anti-Amerikanismus, gefüttert durch die traumatischen Jahre der Trump-Erfahrungen – die Liste ließe sich fortsetzen. Nun allerdings hat Putin selbst den Auslöser dafür geliefert, dass sich das ändern könnte. Unbeantwortet allerdings ist nach wie vor, wie nachhaltig die Erkenntnisse aus dem „Ukraine-Schock“ wirken werden.

So wissen Deutschland und Europa einmal mehr, was sie eigentlich tun müssten. Doch was folgt daraus? Erstaunlich, wie gut man in der Krise zusammenhält und schmerzhaft Sanktionen weiterhin gemeinsam trägt, ausreichend aber ist das nicht. Es braucht klarere Schritte für eine Stärkung der europäischen Verteidigungsfähigkeit in Ergänzung zur NATO und zur Unterlegung der Beistandsverpflichtungen nach Artikel 42 des EU-Vertrags. Mehr Effizienz und Kooperation statt Klein-Klein, abgestimmte Rüstungsvorhaben, *pooling* und *sharing*, wirklich einsetzbare *Battle-groups* – der Elemente gibt es viele und sie setzen

voraus, dass nationale Egoismen und Befindlichkeiten sich dem gemeinsamen Ziel unterordnen, auch und gerade in Deutschland. Es braucht zudem ein glaubwürdiges strategisches Konzept für die dauerhafte Bindung der Länder des westlichen Balkans und der östlichen Partnerschaft, aber auch für den Schulterchluss mit den Ländern im Süden und dem Partner Türkei.

Die transatlantischen Beziehungen und die enge Verbindung mit den USA sind dabei das unverzichtbare Herzstück europäischer Sicherheit, auch das hat der Krieg in der Ukraine verdeutlicht. Dass Europa dabei auch militärisch in der eigenen Nachbarschaft mehr Verantwortung übernehmen muss, ist ein wichtiger Aspekt, aber keineswegs der einzige. Für die USA spielen der Indopazifik und die Rivalität mit China für die Zukunft die zentrale Rolle, was sich auch durch die eher kurzfristige neue Konzentration auf den Konflikt mit Russland in Europa nicht ändern wird – schon gar nicht, wenn eine chinesisch-russische Achse erkennbar wird und sich diese Staaten gegenseitig stützen. Der Wert, den die USA den europäischen Verbündeten beimessen, definiert sich nicht zuletzt aus ihrer erwarteten Nützlichkeit im Konflikt mit der Volksrepublik. Und die Trump-Jahre haben mehr als deutlich gemacht, wie schnell sich auch alles ändern kann.

Das lenkt den Blick darauf, dass schon ohne den Krieg in der Ukraine Defizite in Sachen Resilienz deutlich geworden sind. Im Vertrauen auf das Funktionieren globaler Märkte – Deutschland war hier über die Jahrzehnte sicher einer der größten Profiteure – konnte es preisbedingt zu Abhängigkeiten kommen, wie wir sie jetzt schmerzlich nicht nur in der Energiefrage mit Russland beobachten. Gleichzeitig ist es nur noch Europas wirtschaftliche Stärke, wegen der es international ernstgenommen wird und sanktionsfähig ist. Aber wie lange noch? Europa ist gut beraten, sich auf die eigene Stärke zu besinnen, wie immer man das auch etikettiert – militärisch, wirtschaftlich, technologisch, finanzpolitisch.

Das Abstimmungsverhalten in den UN hat deutlich gemacht, dass es weltweit wichtige Staaten

gibt, die bei aller Kritik an der russischen Kriegspolitik nicht bereit sind, sich in ein weltpolitisches Freund-Feind-Schema – hier die (westlichen) Demokratien, dort die chinesischen und russischen Diktaturen – einordnen zu lassen und eindeutig Partei zu ergreifen. Viel ist in diesem Westen – schon die Begriffsdefinition erscheint „reformbedürftig“ – daher jetzt von „Augenhöhe“ zu hören, nicht zuletzt in entwicklungspolitischen Kreisen, zu praktischen Konsequenzen allerdings führt dies nicht immer. Man steckt auch hier in einem Dilemma: Einerseits sind da die eigenen Werte, die man nicht aus rein „realpolitischen“ Gründen aufgeben kann, will und darf. Andererseits ist die Zahl derer, die „so sind wie wir“, weltweit gerade eher rückläufig, wie man einschlägigen Indizes entnehmen kann.

Es gibt keinen Anlass, sich international zu verstecken und „in Sack und Asche“ zu gehen. Die Systemkonkurrenz zwischen Freiheit und Autoritarismus lässt sich selbstbewusst annehmen. Die Demokratien dies- und jenseits des Atlantiks, aber auch im indopazifischen Raum und in Afrika, haben viel vorzuweisen und sind attraktiv. Wache Zivilgesellschaften weltweit orientieren sich an ihnen, profitieren von den Kooperationen, inspirieren wiederum auch die hiesige Diskussion. Zudem sind diese Länder Anziehungspunkte sowohl für Verfolgte als auch Talente. Die derzeitige Lage und das, was mindestens auf mittlere Sicht zu tun ist, bieten auch Chancen, sich als glaubwürdiger Zukunftspartner weltweit zu beweisen.



Frank Priess ist stellvertretender Leiter der Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung.



Das Ringen um Einfluss

Die Vereinten Nationen als Spielfeld des Systemwettbewerbs

Andrea Ellen Ostheimer

Oftmals unter dem Radar der breiteren Öffentlichkeit gelang es China im vergangenen Jahrzehnt, die Vereinten Nationen als Projektionsfläche der eigenen Ambitionen für eine globale Führungsrolle zu nutzen. Strategisch beeinflusst die Volksrepublik entwicklungspolitische Paradigmen, indem sie die eigene geopolitisch und machtpolitisch motivierte Belt and Road Initiative (BRI) als Instrument zur Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) propagiert und den Vereinten Nationen dringend benötigte zusätzliche Mittel zur Verfügung stellt, etwa mit dem China-UN Peace and Development Fund 2015 (eine Milliarde US-Dollar mit einer Laufzeit von zehn Jahren).

Die in der UN-Charta enthaltenen Werte (Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit) versucht man

darüber hinaus, durch die Verbreitung eigener Narrative zu verwässern, um global eine neue normative Agenda zu etablieren. Anstelle des Schutzes der Rechte des Individuums vertritt China ein Recht auf Entwicklung, bei dem die Gemeinschaft Vorrang vor den Rechten des Einzelnen besitzt. Letzteres findet insbesondere in Staaten des Globalen Südens zahlreiche Anhänger. Selbst den Begriff der Rechtsstaatlichkeit, der im westlich liberalen Demokratiemodell das Verhältnis des Staates zum Bürger definiert, versucht man, durch eine Reduzierung auf Rechtsstaatlichkeit im Verhältnis der Staaten zueinander neu zu definieren. Zentrale Mittel im Instrumentenkasten Chinas sind zudem die Personalpolitik und die Besetzung von Führungspositionen in UN-Sonderorganisationen (etwa bei der FAO, der Ernährungs- und

Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen). Und obgleich die UN-Charta den Beamten Unparteilichkeit vorschreibt, verfolgen die von China nominierten Kandidaten die Agenda und Interessen ihres eigenen Landes.

Erst spät haben westliche Staaten diese Sphären des chinesischen Einflusses auf die Wertebasis der Vereinten Nationen erkannt und darauf reagiert. Für die USA, die neben China die größten Geber für das allgemeine Budget der UN sowie für die Friedensmissionen sind, waren die Vereinten Nationen bislang eher eine sekundäre Plattform ihres globalen Engagements. Im Bereich der Personalpolitik gelang es jedoch in den vergangenen zwei Jahren, etwa in der UNIDO (Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung; Gerd Müller, Deutschland), der ITU (Internationale Fernmeldeunion; Doreen Bogdan-Martin, USA) oder der ICAO (Internationale Zivilluftfahrtorganisation; Juan Carlos Salazar, Kolumbien) Kandidaten des Westens durchzusetzen und die Organisationen so dem chinesischen Einfluss zu entziehen. Besonders bei der ITU, verantwortlich für die Regulierung digitaler Technologien, ist dies von weitreichender Bedeutung.

Ein weiteres Spielfeld des Systemwettbewerbs, das sowohl innerhalb der Vereinten Nationen als auch außerhalb sichtbar wird, ist das Ringen um strategische Partner und die Bildung von Allianzen. China etablierte sich innerhalb des UN-Systems frühzeitig als Verbündeter der G77-Staaten und versucht durch regionale Gipfel (etwa das Forum für China-Afrika-Kooperation, FOCAC, oder das China-CELAC-Forum in Lateinamerika), sich ein Image als benevolenter Geber und Hüter der internationalen Ordnung aufzubauen. Dabei ist der Umgang mit Empfängern chinesischer Kreditlinien und deren „Orientierung“ bei strategischen Abstimmungen von purer Machtpolitik geprägt. Dennoch gibt es kaum offene Kritik an chinesischen Praktiken, während man westlichen Staaten gerne und oftmals ungerechtfertigt Konditionalität in ihrer Entwicklungsfinanzierung unterstellt.

Der Krieg in der Ukraine hat dem Werben des Westens um strategische Partner jenseits gleichgesinnter Staaten nochmals eine neue Dynamik verliehen. Zuvor konnte man eher halbherzige Initiativen beobachten oder musste in den Jahren der Trump-Regierung feststellen, dass die Abwesenheit der USA im multilateralen Kontext nicht nur ein Vakuum hinterließ, das China ausfüllen konnte. Die Verachtung, die Trump nicht nur gegenüber den Vereinten Nationen, sondern auch gegenüber dem Globalen Süden und hier vor allem gegenüber Subsahara-Afrika zeigte, beschädigte auch das Vertrauen in nachfolgende US-Regierungen. Derzeit lässt sich indes ein umfassendes Werben der Biden-Administration um Partner in Afrika, in Asien wie auch in Lateinamerika erkennen. Nicht nur reiste US-Außenminister Antony Blinken zuletzt nach Ruanda, in die Demokratische Republik Kongo und nach Südafrika (UN-Botschafterin Linda Thomas-Greenfield hatte zuvor bereits Ghana und Uganda bereist). Für Dezember 2022 ist darüber hinaus auch ein US-Afrika-Gipfel geplant.

Das Ringen um afrikanische Partner erfolgt dabei nicht nur im Wettbewerb mit China. Nicht erst seit dem Angriff auf die Ukraine versucht auch Russland, sich afrikanischen Staaten als Dienstleister im militärischen Bereich und bei der Ernährungssicherheit anzudienen. Es war daher auch kein Zufall, dass eine Woche vor der Blinken-Reise der russische Außenminister Sergej Lawrow seine Aufwartungen in Äthiopien, Ägypten, Uganda und der Republik Kongo machte.

Bei den Abstimmungen in der Vollversammlung der Vereinten Nationen zur Verurteilung des russischen Angriffs auf die Ukraine war der Block derjenigen, die sich enthielten, unter den afrikanischen Staaten am größten. Dies ist auf alte Loyalitäten (Eliten der ehemaligen Befreiungsbewegungen und heutigen Regierungen im südlichen Afrika wurden zu Sowjetzeiten in Moskau ausgebildet) und militärische sowie wirtschaftliche Abhängigkeiten (Waffenlieferungen, Einsatz pseudoprivater Militärberater und

Truppen, Abhängigkeit von Weizen und Düngemitteln) zurückzuführen. Insbesondere auf dem afrikanischen Kontinent wird jedoch auch die Wirkkraft russischer Desinformation deutlich. In den Gesellschaften verfährt das Narrativ, dass der Westen durch seine Sanktionen eine globale Nahrungsmittelkrise zu verantworten habe. Wie der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba bei seiner Afrikareise im Oktober feststellen musste, wird der Rolle Russlands als Aggressor kaum Beachtung geschenkt oder das irreführende Narrativ sogar so weit gesponnen, dass die Ukraine durch einen angestrebten NATO-Beitritt den Angriff provoziert habe. Die gezielten Desinformationskampagnen Russlands torpedieren nicht nur das Werben des Westens um strategische Partner. Mittlerweile konnte in Untersuchungen auch nachgewiesen werden, dass von Russland aus gesteuerte Desinformation für die jüngsten Angriffe auf UN-Friedensmissionen wie in der Demokratischen Republik Kongo mitverantwortlich ist. Im Gegensatz zu China, das vor allem die Eliten des Globalen Südens und die Mittelschichten umwirbt, schafft es Russland durch Desinformationskampagnen in sozialen Medien und via RT (vormals Russia Today), auch breitere Schichten der Gesellschaften zu erreichen und gegen den Westen aufzubringen.

Der Wettbewerb um Einflussphären wie zu Zeiten des Kalten Krieges ist in vollem Gange. Bei der jüngsten Abstimmung der UN-Vollversammlung zur Annexion von vier ukrainischen Regionen durch Russland schaffte es die Staatengemeinschaft erneut, Solidarität und Geschlossenheit in der Verurteilung der russischen Aggression zu zeigen: 143 Staaten stimmten für Resolution A/ES-11/L.5. Es scheint daher auch fern der realpolitischen Gegebenheiten, wenn sich afrikanische Staatspräsidenten vor der UN-Vollversammlung auf ihre Neutralität berufen und eine Einbindung in das eine oder andere Lager ablehnen. Angesichts der durch Russland zu verantwortenden Verletzung der in der UN-Charta enthaltenen Prinzipien der territorialen Integrität und staatlichen Souveränität sowie der nachgewiesenen Kriegsverbrechen und

Verbrechen gegen die Menschlichkeit kann es de facto keine Neutralität geben. Oder wie es der Präsident der Schweiz, Ignazio Cassis, in seiner Rede vor der UN-Vollversammlung formulierte: Neutralität bedeutet nicht Indifferenz oder die Abkehr von Solidarität.

Andrea Ellen Ostheimer ist Leiterin des Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung bei den Vereinten Nationen in New York.



Quelle: © Ludovic Marin, Reuters.

Immer einen Schritt hinterher?

Deutsche Sicherheitspolitik nach dem NATO-Gipfel von Madrid

Philipp Dienstbier

Der russische Angriff auf die Ukraine wirkt wie ein Katalysator für eine bereits seit der Krim-Annexion 2014 angestoßene Reorientierung der NATO zurück zu kollektiver Verteidigung und Abschreckung. Während die deutsche Politik erst am 27. Februar 2022 eine „Zeitenwende“ konstatierte, hatte das Bündnis längst festgestellt, dass Russland wieder ein ernstzunehmender Gegner ist, Bündnisverteidigung daher oberste Priorität hat und eine grundlegende militärische Neuaufstellung der Allianz erfolgen muss. Auch Deutschland hatte auf Gipfeltreffen von Wales bis Warschau zugesagt, seine Fähigkeiten zur Landes- und Bündnisverteidigung wiederaufzubauen, lange Zeit aber nicht den politischen Willen aufgebracht, die gemachten Versprechen tatsächlich und vollumfänglich umzusetzen.

Die ambitionierten Pläne des Kanzlers und seiner Bundesregierung, nun „eine leistungsfähige, hochmoderne, fortschrittliche Bundeswehr“ aufzubauen, scheinen dies zu ändern. Dem umfangreichen Maßnahmenpaket liegt jedoch ein grundlegender Fehlschluss zugrunde: Nicht 2022, sondern 2014 markiert eine Zeitenwende in der europäischen Sicherheitspolitik. Mit den nun versprochenen Schritten würde Deutschland lediglich den seit 2014 verschleppten Anpassungen in der Verteidigungspolitik nachkommen. Die NATO hat im Juni auf ihrem jüngsten Gipfeltreffen in Madrid in Reaktion auf den russischen Angriff auf die Ukraine aber bereits die nächsten Schritte vereinbart und unter anderem die umfassendste Neuaufstellung ihrer Streitkräfte seit Ende des Kalten Krieges beschlossen.

Im Kern geht die NATO konzeptionell nun zu einer Abschreckung durch gestärkte Vorverteidigung über. Das heißt, das Bündnis will mit einer substanzielleren Truppenpräsenz in potenziellen Konfliktregionen in Osteuropa sowie einer Vorausstationierung von Gerät, Material und Munition in den „Frontstaaten“ seine Fähigkeit stärken, einen Angriff tatsächlich abzuwehren und dadurch Abschreckungswirkung zu erzielen. Dafür soll die Zahl der NATO-Kräfte in hoher Einsatzbereitschaft (10 bis 30 Tage) auf 300.000 anwachsen und graduell durch weitere 500.000 Truppen verstärkt werden können. Eine schnell verlegbare *Allied Reaction Force* von 40.000 Soldaten soll dem NATO-Oberkommandierenden sogar permanent unterstellt werden, um in einer sich schnell entwickelnden Krise rasch handlungsfähig zu sein.

Dies schafft neue, zusätzliche Anforderungen an die Beiträge der NATO-Mitgliedstaaten. Künftig müssen die Alliierten umfassend Truppen in Divisionsgröße mobilisieren können; dies schlägt auch auf die deutschen Aufgaben im Rahmen der NATO durch: Mit der im Februar verkündeten sicherheitspolitischen „Zeitenwende“ hinkt Berlin dadurch bereits jetzt wieder einen Schritt hinterher. Deutschland muss der NATO nach den Beschlüssen von Madrid schon früher als ursprünglich geplant – bis 2025 – insgesamt doppelt so viele Kräfte wie bisher vereinbart, nämlich etwa 30.000 Soldaten sowie 85 Flugzeuge und Schiffe, mit hoher Einsatzbereitschaft bereitstellen. Um dies zu gewährleisten, muss Berlin die bisher schon ambitionierte Zusage, der NATO bis 2027 eine mechanisierte Division mit drei voll ausgestatteten Kampfbrigaden zur Verfügung zu stellen, auf das Jahr 2025 vorziehen. Zudem steht Deutschland als Rahmennation der *Battlegroup* in Litauen vor der Herausforderung, künftig zusätzlich eine Brigade für das Baltikum permanent in höchster Einsatzbereitschaft bereitzuhalten. Beides umzusetzen wird innerhalb des kurzen verbleibenden Zeithorizonts ein gewaltiger Kraftakt.

Die am 27. Februar in Aussicht gestellten Maßnahmen zur Ausrüstung und Befähigung der Bundeswehr reichen dafür bereits nicht mehr aus. Zwar sieht das vor dem Sommer verabschiedete Sondervermögen über 100 Milliarden Euro durchaus richtige und sinnvolle Schritte vor, damit Deutschland seine Beiträge im Rahmen der NATO künftig erfüllen kann. Dazu gehören die Ausgaben zur Verbesserung der persönlichen Ausrüstung der Soldaten, Investitionen in die Führungsfähigkeit der Bundeswehr sowie eine Reihe zentraler Rüstungsvorhaben in den Dimensionen Luft und See. Gerade der Bereich Landstreitkräfte, auf den es insbesondere ankommt, weil das Heer die dringend benötigten Großverbände und somit das Rückgrat der konventionellen Verteidigung der NATO in Nordosteuropa stellen soll, bleibt mit gut 16 Milliarden Euro im Sondervermögen aber vergleichsweise knapp bemessen.

Nachbesserungsbedarf besteht beispielsweise bei der Beschaffung weitreichender Radartillerie und einer mobilen Heeresflugabwehr – beides für die Kriegführung kritische Fähigkeiten, wie die Erfahrung aus dem Krieg in der Ukraine lehrt. Außerdem löst das Sondervermögen einen der größten Schwachpunkte der Bundeswehr nicht: den unzureichenden Vorrat an Munition und Ersatzteilen – allein hier bestände ein zusätzlicher Investitionsbedarf von etwa 20 Milliarden Euro. Neben diesen Planungslücken mangelt es zudem an einer schnellen Umsetzung und Verausgabung des Sondervermögens. Das schwerfällige und ineffiziente militärische Beschaffungswesen bleibt dabei der Flaschenhals und sorgt dafür, dass im Jahr 2022 kein einziger Cent und im Jahr 2023 lediglich 8,5 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen ausgegeben werden sollen. Die von Bundeskanzler Olaf Scholz persönlich zugesagte Zielmarke von zwei Prozent des BIP wird damit bis 2024 nicht erreicht.

Um die Investitionen zu beschleunigen, müsste das zuständige Bundesamt organisatorisch neu aufgestellt werden. Es benötigt dringend

zusätzliches Personal. Auch bei der Umsetzung gemeinsamer europäischer Rüstungsvorhaben, wie dem festgefahrenen deutsch-französisch-spanischen Projekt zur Entwicklung eines zukünftigen Luftkampfsystems (FCAS), ist die deutsche Politik und zuvorderst das Bundeskanzleramt gefordert, sich stärker für eine erfolgreiche Durchführung einzusetzen. Neben diesen Nachbesserungen sind außerdem weitere strategische Weichenstellungen nötig, die neben der Verbesserung von Ausrüstung und Waffensystemen auch eine personelle Trendwende sowie die Etablierung einer strategischen Kultur und eines engeren Austausches zwischen Militär, Politik und Gesellschaft zum Ziel haben. Ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr könnte dazu beitragen, die noch immer bestehende Personallücke von 20.000 unbesetzten Dienstposten bei der Bundeswehr zu schließen und auch einen Aufwuchs der Reserve zu ermöglichen. Die Erfahrung vor Aussetzung der Wehrpflicht hat gezeigt, dass sich größere Anteile der jungen Bevölkerung ausgehend von den im Wehrdienst vermittelten Erfahrungen und Perspektiven danach als Zeit- oder Berufssoldaten weiterverpflichten. Zudem könnte ein Gesellschaftsjahr der Nukleus für eine engere Verzahnung zwischen der Bundeswehr und der deutschen Gesellschaft sein. Denn nach Jahren der Entfremdung der deutschen Öffentlichkeit von sicherheitspolitischen Realitäten bedarf es nun einer breiteren Auseinandersetzung der Gesellschaft mit den Streitkräften und Fragen der Verteidigungspolitik.

Die vergangenen Monate haben gezeigt, dass es in erster Linie die Vereinigten Staaten waren, die den entscheidenden Beitrag dafür geleistet haben, dass ein russischer Sieg in der Ukraine und ein Ausgreifen des Konflikts auf die europäische Nachbarschaft verhindert wurden. Jedoch dürfte dies das letzte Mal gewesen sein, dass sich Washington in diesem Ausmaß militärisch in der europäischen Arena engagiert. Stattdessen werden die USA ihren Fokus auf den Indopazifik verlagern und sich dafür auch militärisch aus Europa zurückziehen müssen. Dies lässt ein extrem knappes Zeitfenster – wohl gerade einmal bis Ende der 2020er-Jahre –, in

dem europäische Alliierte, allen voran Deutschland, die Verantwortung für die konventionelle Verteidigung Europas größtenteils selbst übernehmen müssen. Sollte die deutsche Politik die genannten wegweisenden Entscheidungen nicht zügig treffen, wird dies nicht gelingen. Deutschland würde dann nicht nur internationales Vertrauen und Glaubwürdigkeit verspielen, sondern auch eine gefährliche Lücke in der konventionellen Verteidigung Europas lassen.

Philipp Dienstbier ist Referent für Transatlantische Beziehungen in der Hauptabteilung Analyse und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung.



[Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 27.02.2022, Nr. 9, S. 8](#)

Ohne die USA ist alles nichts

[Klaus-Dieter Frankenberger](#)

Wie oft hatte man das im vergangenen Jahr gehört: Der weltpolitische Großkonflikt des 21. Jahrhunderts ist der zwischen China und dem Westen, genauer: zwischen China und den USA. Und dieser Konflikt, verharmlosend als Wettbewerb beschrieben, werde auf allen Feldern ausgetragen, geo-, ordnungs- und bündnispolitisch, diplomatisch, wirtschaftlich, technologisch, ideologisch und militärisch. Darauf würden die USA all ihre strategischen Energien richten. Der amerikanische Präsident Joe Biden und sein Außenminister Antony Blinken sprachen immer wieder davon, sodass auch jeder verstand, dass China für Amerika die größte vorstellbare Herausforderung bedeutet. Und jetzt?

Jetzt sind die USA mit einer Sicherheitskrise in Europa konfrontiert, wie es sie seit vielen

Jahrzehnten nicht mehr gegeben hat. Die Aggression gegen die Ukraine im Zeichen eines großrussischen Neoimperialismus hat Wladimir Putin zum offenen Angriffskrieg ausgeweitet. Die einst von Obama sogenannte „Regionalmacht“ Russland führt mit verbrecherischer Hemmungslosigkeit vor, was einem souveränen und unabhängigen Nachbarland blüht, das seine Zukunft lieber als Teil des Verbundes der westlichen Demokratien sieht denn als Kolonie Moskaus.

Das berührt die Sicherheitsordnung in Europa, das berührt die Sicherheit der Länder an der Ost-Flanke der NATO, und es berührt natürlich auch die Sicherheitsgarantien Amerikas. Diese Garantie hat Vizepräsidentin Kamala Harris vor wenigen Tagen in München bekräftigt, und

zwar so feierlich, dass man im Stillen hinzufügen wollte: Bis in alle Ewigkeit. Es ist schließlich noch nicht lange her, dass die zersetzende Rhetorik des früheren Präsidenten Donald Trump gegen die NATO die halbe Welt in Aufregung versetzte.

Tatsächlich haben die USA ihre militärische Präsenz in den Frontstaaten der NATO noch vor den offenen Kriegshandlungen Moskaus verstärkt und somit auf die prekäre Lage reagiert. Auch Frankreich, das Vereinigte Königreich und Deutschland haben Truppenverstärkungen und die Verlagerung von militärischem Gerät angekündigt.

Was jedoch vor allem zählt, das sind ganz im wörtlichen Sinne „American boots on the ground“. Bei aller Wertschätzung für die europäischen Beiträge ist es das amerikanische Abschreckungspotential gegen Russlands Expansionismus, worauf es nun ankommt. Doch was ist, wenn diese „Stiefel“ dereinst anderswo eingesetzt werden sollen, wenn die strategische Priorisierung Chinas zwangsläufig die entsprechenden sicherheitspolitischen und militärischen Konsequenzen hat? Würde Europa mit einem wild gewordenen Putin, der einen neuen Eisernen Vorhang niedergehen lässt, allein fertig? Die Antwort würden Polen und Balten ungen in einem Echtzeit-Experiment herausfinden wollen.

Die Diskussion über Amerikas sicherheitspolitische Schwerpunktsetzung wird in Washington besonders heftig in der Republikanischen Partei geführt, einer Partei, die ein George H. W. Bush nicht mehr wiedererkennen würde. Es melden sich Traditionalisten zu Wort und Isolationisten, Allianz-Loyalisten und Trump-Epigonen. Ernst zu nehmende Wortführer befinden, dass für Amerika die Eindämmung Chinas Priorität habe und die Europäer ihre „Sicherheitsprobleme“ mit Russland selbst lösen müssten. Deutschland wird hierbei nicht nur eine besondere Rolle zugeschrieben. Es wird in beeindruckender Verknennung der Realitäten sogar zur neuen Schutzmacht Europas ausgerufen.

Sigmar Gabriel, der ehemalige deutsche Außenminister, hat kürzlich die Vorhersage gewagt,

Amerika könne und werde nicht als Sicherheitsgarant für den Frieden in Europa zur Verfügung stehen. Wenn das heißen soll, dass Europa mehr für seine Sicherheit tun muss, und zwar sowohl politisch als auch militärisch-materiell, dann ist das richtig und unabweisbar. Doch eine der Lehren des Ersten Weltkriegs, die tragischerweise erst nach dem Zweiten beherzigt wurden, lautet: Die USA sind die europäische Macht, die bleibt. Für den Teil Europas, der nicht der sowjetischen Herrschaft unterlag, war das eine Voraussetzung für Stabilität und Wiederaufstieg.

Sollten die USA sich von der Rolle als Europas Sicherheitsanker verabschieden, wären die Europäer unter sich. Dann stünden sie allein dem von der Autokratie zur Diktatur mutierten Russland gegenüber. Dann müssten sie allein mit den Macht- und Unterwerfungsgelüsten Putins fertigwerden. Mit 5000 Helmen und Sanktionen gegen Polit-Marionetten und Oligarchen wäre dem Aggressor wohl nicht Einhalt zu gebieten.

Klaus-Dieter Frankenberger war bei der F.A.Z. von 2001 bis 2021 verantwortlicher Redakteur für Außenpolitik.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de.



Fordernder Partner

Warum die USA künftig mehr auf sich selbst schauen dürften

Paul Linnarz

Während seiner vier Jahre im Weißen Haus hat Ex-Präsident Donald Trump die transatlantischen Beziehungen auf einen Tiefpunkt manövriert – die Schäden wären bei einer Fortsetzung seiner Präsidentschaft nach Ansicht vieler Beobachter irreparabel gewesen. Die Deutschen waren nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov Ende 2019 sogar der Meinung, Donald Trump sei ein größeres Risiko für den Weltfrieden als Russlands Präsident Wladimir Putin oder der chinesische Staatschef Xi Jinping.

Nachdem Präsident Biden den Amtseid abgelegt hatte, stieg das Ansehen der USA auch in Deutschland erheblich. Längst verfestigt sich aber die Befürchtung, dass Donald Trump mehr sein könnte als eine schmerzhaft Episode

im Verhältnis zu den USA. Bereits seit Monaten vergeht in Washington kein Gespräch über die transatlantischen Beziehungen, ohne dass die politischen Gäste aus Deutschland ihren US-amerikanischen Ansprechpartnern wenigstens am Schluss mit sorgenvoller Miene noch schnell die Frage stellen: „Kommt Trump wieder ins Weiße Haus?“

Es macht aber – bei allen Unwägbarkeiten – Sinn, sich nicht nur mit dem Ex-Präsidenten zu beschäftigen, sondern mit Positionen und Trends in der Bevölkerung insgesamt und innerhalb der Republikanischen Partei. Der Politologe Torben Lütjen, bis 2020 Visiting Associate Professor an der Vanderbilt University in Nashville, Tennessee, bemerkte zu Recht, „indem wir uns so ungeheuer auf ihn fokussiert haben, haben wir bisweilen

übersehen, dass er nur das Symptom, nicht die Ursache vieler Probleme ist“. Zu den Ursachen zählt, dass vom außen-, sicherheits- und handelspolitischen Engagement vergangener Jahrzehnte nach Ansicht vieler US-Amerikaner vor allem das Ausland – darunter neben China auch Europa – profitiert habe, während die eigenen Interessen ins Hintertreffen geraten seien. „America First“ fiel insofern auf einen dankbaren Nährboden.

Sollte statt Donald Trump ein anderer republikanischer Präsidentschaftskandidat ins Weiße Haus einziehen, müsste sich das Ausland insofern wohl auf sehr ähnliche Prioritäten einstellen. Trotz ihrer von allen Seiten mit Aufatmen goutierten Rückbesinnung auf eine professionelle und respektvolle Zusammenarbeit mit den Verbündeten konnte es sich im Übrigen auch die Biden-Administration nicht leisten, angesichts der innenpolitischen Anforderungen und Kräfteverhältnisse im Kongress alle Festlegungen der Vorgängerregierung über Bord zu werfen.

Allgemein stehen wachsende Teile der US-Bevölkerung Militärinterventionen der Regierung im Ausland zur Beendigung von Menschenrechtsverletzungen nämlich skeptisch gegenüber, wie eine Umfrage der Eurasia Group Foundation (EGF) aus dem vergangenen Jahr belegt. Nur knapp ein Drittel der Befragten sprach sich bei der Umfrage dafür aus, die Zahl der in Europa, Asien und im Nahen Osten stationierten US-Truppen beizubehalten oder zu erhöhen und dort auch in Zukunft eine erhebliche Verantwortung für die regionale Sicherheit zu übernehmen. Deutlich größer (42,3 Prozent) war die Zahl derer, die sich für eine Verringerung der im Ausland stationierten Truppen und für eine schrittweise Übertragung der regionalen Sicherheitsverantwortung auf die Verbündeten aussprach.

In ihren Erläuterungen zu den Umfrageergebnissen unterteilt die EGF die Befragten in vier Gruppen: „Traditionelle Internationalisten“, die sich zur militärischen wie diplomatischen Lösung globaler Probleme für ein starkes Engagement und eine enge Zusammenarbeit mit anderen Ländern aussprechen; „Globale Botschafter“, die zwar eine enge diplomatische Zusammenarbeit

mit dem Ausland befürworten, ein militärisches Primat hingegen ablehnen und die US-Truppenpräsenz im Ausland reduzieren wollen; „Hard Power Primacists“, nach denen die Vereinigten Staaten ihre weltweite Militärpräsenz und ihre Sicherheitsverpflichtungen beibehalten, dafür jedoch die diplomatische Zusammenarbeit in multilateralen Organisationen und die Einbindung in internationale Abkommen reduzieren sollten; sowie als vierte Gruppe die „Echten Isolationisten“. Letztere lehnen sowohl ein militärisches als auch diplomatisches Engagement ab. Sie sprechen sich dafür aus, dass sich die USA auf der Weltbühne insgesamt weniger einbringen sollten.

Die größte Gruppe innerhalb der US-Bevölkerung sind nach der Umfrage die „Globalen Botschafter“ (39,3 Prozent), gefolgt von den „Traditionellen Internationalisten“ (32,7 Prozent). 17,5 Prozent dürfen sich zu den „Echten Isolationisten“ zählen, und gut ein Zehntel darf als „Hard Power Primacists“ gelten. Anders sieht das Bild aus, wenn man die vier Gruppen danach gewichtet, welche Partei von den Befragten gewählt wird. Demnach darf sich die Hälfte der Demokraten zu den „Globalen Botschaftern“ zählen. Unter den Republikanern vertreten hingegen nur 18 Prozent diese außenpolitische Linie. Stattdessen dürfen fast 26 Prozent der Konservativen als „Echte Isolationisten“ gelten. Isolationistische Positionen werden bei den Demokraten wiederum nur von 7,6 Prozent vertreten. Gleichzeitig ist der Anteil der „Hard Power Primacists“ bei den Wählerinnen und Wählern der Demokratischen Partei verschwindend gering (2,8 Prozent). In den Reihen der Republikaner finden sich – neben der vergleichsweise hohen Zahl an Isolationisten – immerhin 26,1 Prozent, für die außenpolitisch das US-Militär den Ton angeben sollte.

Nach einer etwas anderen Klassifikation dürfen die traditionellen Internationalisten der vergangenen drei Jahrzehnte auch als „Wilsonians“ bezeichnet werden, weil sie sich ganz im Geiste von Ex-Präsident Woodrow Wilson für die weltweite Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie für die Verbreitung

amerikanischer Werte einsetzen. „Jeffersonians“ (nach Ex-Präsident Thomas Jefferson) wollen die Demokratie statt auf der Weltbühne vor allem im eigenen Land festigen und verteidigen. Die US-Bevölkerung scheint nach der Umfrage der EGF inzwischen fast zur Hälfte aus „Jeffersonians“ zu bestehen, für die es jetzt erstmal um die eigene Demokratie geht.

Sinnbildlich für diese „Jeffersonian“-Haltung kann auch die Antwort von Ex-Außenminister Mike Pompeo auf die Frage verstanden werden, ob die USA in den Krieg in der Ukraine einbezogen sein sollten. Seine Antwort: „Wir sind nicht die Weltpolizei.“ Dennoch sei er der Ansicht, dass die USA zur Unterstützung bereit sein müssten, wenn Menschen für ihre eigene Freiheit kämpfen. Jedoch sollten sie „nie wieder den Krieg eines anderen Landes führen“.

International werden die USA die Freiheit im eigenen Interesse also auch künftig verteidigen. Aber die Verbündeten müssen sich auch selbst schützen können. Karin von Hippel, Generaldirektorin des sicherheitspolitischen Royal United Services Institute (RUSI) in Großbritannien, riet den Europäern, „weniger selbstgefällig“ zu sein. Denn schon bald könne „Trump oder ein Politiker wie er“ wieder die Präsidentschaft übernehmen. Die NATO-Verbündeten müssten sich deshalb „eine Welt vorstellen, in der die USA nicht die ganze Zeit präsent sind“.

Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 14. November.

Paul Linnarz ist Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung für die USA in Washington, D.C.



Quelle: © Pressedienst des Präsidenten von Kasachstan via Reuters.

[Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.08.2022, Nr. 192, S. 16](#)

Vormarsch mit feiner Klinge

China setzt seine Ordnungsvorstellungen viel subtiler durch als Russland, über Langfriststrategien wie die neue Seidenstraße, eigene Normen und Standards. Fallen dem Westen seine Abhängigkeiten abermals vor die Füße?

[Christian Geinitz](#)

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck spricht zu Recht davon, dass sich Deutschland von Moskau „abnabeln“ müsse. Die Abhängigkeiten von Russlands Energie und damit auch von seiner autoritären Regierung seien ein großer Fehler gewesen, der Deutschland in eine schwierige Lage manövriert habe. „Das Modell ist gescheitert“, so der Grünenpolitiker. Der Befund ist richtig und auch deshalb so bitter, weil das Regime mit den Brennstoffeinnahmen den Krieg in der Ukraine finanziert. Zwar sind die Gaslieferungen nach Europa gefallen, der starke Preisanstieg gleicht die Rückgänge aber aus. Der Kreml kann es sich erlauben, die

Drosselung als politische Waffe einzusetzen, das nicht geflossene Gas zu verbrennen und trotzdem prächtig zu verdienen.

Russlands Aggressivität, seine hegemonialen Ambitionen und das Streben, dem westlichen Modell eine eigene Ordnung entgegenzusetzen, sind nicht zu übersehen. Moskau nutzt dazu eine alte machtpolitische Währung, die andere Staaten längst hinter sich geglaubt hatten und der sie jetzt ungläubig bis hilflos gegenüberstehen: das Militärische. Finnland und Schweden fliehen in die Arme der NATO, die Bundesrepublik rüstet auf, plötzlich sind Waffenlieferungen

in Kriegsgebiete möglich. Die Regierungsparteien SPD und Grüne müssen lang gehegte Grundpositionen in der Friedens- und Energiepolitik räumen.

Falls das russische Vorgehen scheitert, dann scheitert es gründlich, militärisch auf dem Schlachtfeld und wirtschaftlich dadurch, dass man im Westen den wichtigsten Kunden für das einzige nennenswerte Exportgut verliert, die Energie. Politisch und geostrategisch dürfte Moskau weiter isoliert werden, NATO und EU rücken zusammen und entwickeln eine zunehmende Attraktivität auch für Drittstaaten. Statt zu spalten und sich den Westen vom Leib zu halten, wird dieser geeint und rückt näher. Wladimir Putins Wunsch, die Demütigung nach dem Untergang der Sowjetunion auszubügeln, würde durch eine weitere Demütigung konterkariert. Klar ist jedenfalls: Wenn der Kreml unterliegt, wird sich niemand seinem gescheiterten Entwicklungsmuster anschließen.

Im UN-Sicherheitsrat sitzt neben Russland eine weitere zweifelhafte Atommacht, die auf Rechtsstaat und Demokratie pfeift, die Volksrepublik China. Sie agiert viel geschickter, um ihre Interessen durchzusetzen – und sie ist viel stärker. Nach Truppen gerechnet, sind die chinesischen Streitkräfte doppelt so groß wie die russischen. Dass sie als Machtmittel infrage kommen, zeigen die Muskelspiele vor Taiwan sowie im Süd- und Ostchinesischen Meer. Gleichwohl ist die Armee nicht die erste Wahl, um Einfluss auszuüben, stattdessen bedienen sich die Chinesen subtilerer und erfolgreicherer Wege. Im Gegensatz zur russischen Hau-drauf-Politik folgt Peking ausgeklügelten Langfriststrategien, die vor allem wirtschaftlich unterlegt sind.

Die ökonomische Kraft einzusetzen ist deshalb so vielversprechend, weil in diesem Feld niemand den Chinesen das Wasser reichen kann und weil sie über die Globalisierung ihre Reichweite in jeden Winkel der Erde ausgedehnt haben, auch Richtung Westen. Kaufkraftbereinigt, ist China längst die größte Volkswirtschaft der Welt vor den USA und der EU. Mit einem

Siebtel des Werts wirkt Russland dagegen wie ein Zwerg. Die Volksrepublik ist in der Corona-Krise zum wichtigsten Handelspartner der EU gewachsen, Russland rangiert nur auf Platz fünf. Für viele deutsche Unternehmen ist China der wichtigste Markt, Produktionsstandort, Umsatz- und Gewinnbringer.

Während die Warenströme mit Fernost diversifiziert sind, konzentrieren sie sich mit Russland auf die Energie. Sobald sich Europa davon emanzipiert hat, brechen die letzten Brücken ab. Mittelfristig können wir ohne Russland auskommen, nicht aber ohne China. Und wie sieht es mit den finanziellen Möglichkeiten der beiden Regime aus? Es stimmt: Russland hat einen langen Atem, böse gesprochen eine prall gefüllte Kriegskasse. Aber Pekings Devisenreserven sind fünfmal so hoch. Die Asiaten sitzen auf dem mit Abstand reichsten Fremdwährungsschatz der Welt, und sie sind die wichtigsten Auslandsgläubiger für amerikanische Staatsanleihen.

China hat lange Finger, die es Richtung Westen ausstreckt. Längst herrscht keine Planwirtschaft mehr, wohl aber eine gesteuerte Marktwirtschaft, in der sich privates Unternehmertum so weit entfalten darf, wie es der Kommunistischen Partei nicht in die Quere kommt und solange es deren Entwicklungsdoktrinen folgt. Das gilt auch für die zwei wichtigsten Langfristpläne zur wirtschaftlichen, technologischen und infrastrukturellen Expansion, die Initiative „Made in China 2025“ von 2015 und die neue Seidenstraße von 2013, auch „Belt and Road“ (BRI) genannt. Beide haben zum Ziel, bis zum hundertsten Geburtstag der Volksrepublik im Jahr 2049 deren internationalen Einfluss zu maximieren. So definiert „Made in China“ zehn Kernbranchen, in denen man Autarkie und Technologieführerschaft anstrebt, darunter Informationstechnik, Robotik, Schiffs-, Luft- und Schienenverkehr, Elektromobilität, erneuerbare Energien, neue Werkstoffe, Biomedizin und Gesundheit. Etappenweise will sich China bis 2049 zur „Führungsnation unter den Industrienächten“ aufschwingen.

Das soll nicht zuletzt über gezielte Unternehmenskäufe im Ausland erfolgen, das sogenannte

„Going Out“. Dieser Weg ist älter als die jüngsten Masterpläne, wurde von diesen aber beschleunigt. Wie die Statistiken zeigen, konzentrieren sich die chinesischen Fusionen und Übernahmen tatsächlich auf die priorisierten Branchen, und das vor allem in mittelständisch geprägten Zielländern mit innovativen Unternehmen wie Deutschland.

Schon vor der Pandemie schwächte sich der Drang ins Ausland ab. Geschuldet war das zum einen der europäischen Abwehr gegen den Ausverkauf von Schlüsselindustrien. Die EU hat eine entsprechende Screening-Verordnung erlassen, Deutschland und andere Mitglieder haben ihre Außenwirtschaftsregeln verschärft. Viele chinesischen Investoren wurden aber auch von den eigenen Behörden zurückgepfiffen. Diese machten Bedenken gegen Überschuldung, Kapitalabfluss und Verzettlung geltend und untersagten Übernahmen in nichterwünschten Wirtschaftszweigen, darunter Immobilien, Hotellerie und Sportvereinen. Dennoch: Mit gebremstem Schaum geht die Einkaufstour weiter, an den Zielen zur internationalen Vormachtstellung hat sich nichts geändert.

Die Stärke der Expansion hat ihren Grund einerseits in dem riesigen Heimatmarkt, der die nötigen Ressourcen an Geld, Menschen und Material bereitstellt. Zum anderen in der gewieften Doppelstrategie aus „Made in China 2025“ und der neuen Seidenstraße, des größten Infrastrukturvorhabens, das die Welt je gesehen hat. Es stellt sicher, dass sich Chinas Handel weiter ausdehnt, dass das Land Zugang zu Rohstoffen erhält, dass es seine Überkapazitäten abbaut und insgesamt seine Verbindungen in die Welt steigert und diversifiziert. Kritiker werfen Peking vor, über die Initiative in Afrika und anderswo Schuldabhängigkeiten zu schaffen.

Es ist unübersehbar, dass die Führung auch politische Zwecke verfolgt, geopolitische wie sicherheitspolitische. Diese Absichten ordnen sich ein in die Visionen des „Chinesischen Traums“ von Staats-, Partei- und Militärführer Xi Jinping zur „großen Wiedergeburt der chinesischen Nation“. Xi will seinem Land zu alter Bedeutung

zurückverhelfen und es nicht nur wirtschaftlich, sondern eben auch machtpolitisch an die Weltspitze setzen.

In der neuen Seidenstraße liegen Chinas Erfolge vor allem in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa. Die Strategie erweist sich immer dann als besonders zugkräftig, wenn die Empfänger durch schwierige Zeiten gehen, was in der Finanzkrise der Fall war, jüngst während der Pandemie. Das prominenteste Beispiel in der EU ist die Übernahme des Hafens von Piräus. Es gibt durchaus auch Enttäuschungen, etwa im Baltikum oder in Tschechien. Dennoch hat die Volksrepublik in der Region erfolgreich einen Fuß in die Tür gesetzt. Über den sogenannten 16+1-Zusammenschluss erhält sie nicht nur Zugang zum Westbalkan, der unter der Zurückweisung durch die EU leidet und deshalb anfällig ist für die Minnegesänge aus Peking. Das Treffen der sieben Regierungschefs ermöglicht den Asiaten auch einen direkten Zugang zur Europäischen Union.

Dabei stellt das Format nur einen Teil des Seidenstraßen-Einflusses dar, inzwischen gehören mehr Länder Europas und der EU der BRI an, als außerhalb stehen. Wie weit Chinas politische Einflussnahme über diese Seitendiplomatie geht, ist nicht eindeutig. Auffällig ist jedoch, dass Staaten wie Griechenland, Ungarn oder Kroatien in strittigen Fragen zu China von der europäischen Mehrheitsmeinung abweichen, zu Beispiel was die Menschenrechte angeht, die Territorialkonflikte im Meer, die Rückschläge in Hongkong oder die Unterdrückung in Xinjiang.

Im Schatten des chinesischen Riesen hat Europa zu lange geschlafen. Im Westen herrschte Gleichgültigkeit, die sich einerseits aus Hybris gegenüber den vermeintlichen Nachzüglern und Kopierern speiste, andererseits aus Naivität, was die Schlagkraft und den Aufstiegswillen des stolzen Volkes anging. Seit dem Zusammenbruch des Ostblocks konnte man sich nicht vorstellen, dass aus einem kommunistisch genannten Regime ein ebenbürtiger Partner oder gar überlegener Rivale erwachsen könnte. Genau das ist aber geschehen. China

ist mit unvorstellbarem Tempo nachgezogen, hat mitunter gleichgezogen, ist im Begriff, den Westen zu überholen.

Mit dieser ökonomischen Potenz geht wachsender weltpolitischer Gestaltungswille einher. Dieser trat offen zutage, als US-Präsident Donald Trump sein Land isolierte und damit Raum für Peking öffnete. Die USA nahmen Abstand von den Transatlantischen und Transpazifischen Handelsabkommen TTIP und TPP, während China immer mehr Vereinbarungen einging, darunter als Führungsmacht in der weltgrößten Freihandelszone RCEP. Die fernöstliche Großmacht hat sich auch bei der neuen Partnerschaft CPTPP beworben, dem Nachfolger der TPP. Letztere wollte Trumps Vorgänger Barack Obama für seinen „Schwenk nach Asien“ nutzen, um China Paroli zu bieten. Nach Washingtons Austritt ist das Gegenteil passiert, Peking ist im Pazifik nun noch mächtiger.

Indem sich Trump von seinen Verbündeten distanzierte, egal ob in der Handels-, Klima- oder Iranpolitik, schuf er ein Vakuum, das China gern ausfüllte. So konnte sich ausgerechnet diese Autokratie ohne Rechtssicherheit, dieses gelenkte Wirtschaftssystem mit seinen Regierungskonzernen, mit den verschlossenen Branchen und abgeschotteten Finanzmärkten, dieser Staat, der seine Bürger in Dauerlockdowns einsperrt, dieser größte Treibhausgasemittent als neuer Anwalt für offenen Welthandel und Klimaschutz stilisieren. Nie gab es einen größeren Bock, der zum Gärtner wurde.

Doch in Ermangelung anderer Führungsmächte akzeptierten Teile der Welt die Chinesen in dieser Rolle, gerade für ärmere oder instabile Länder entwickelte der Wachwechsel von Washington zu Peking Anziehungskraft. Zu keiner anderen Zeit traten so viele Staaten der Seidenstraßen-Initiative bei wie während Trumps Regierung. Besonders groß war der Andrang 2017 nach Xi Jinpings Rede auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos, wo er indirekt den Isolationismus Amerikas geißelte und China als weltoffene Alternative empfahl.

Ein in den Industriestaaten erst spät wahrgekommener Versuch Chinas, seine Ordnungsvorstellung in der Welt zu etablieren, liegt im Setzen eigener technischer Standards. Die vielen Vorhaben und Beziehungen entlang der Seidenstraße eignen sich hervorragend, um diese neuen Maßstäbe unter Volk zu bringen – und sie konzentrieren sich nicht zufällig auf die Zielbranchen der Made-in-China-Initiative. Wie die Europäische Handelskammer in Peking analysiert, strebt China danach, eine eigene Internationale Standardisierungsorganisation ins Leben zu rufen, um mit den bisher verbindlichen Instituten in Genf zu konkurrieren.

Chinas Vorstoß in der Normung ist alles andere als selbstlos, denn natürlich hat eine Volkswirtschaft, die Standards setzt, Wettbewerbsvorteile: in den Ländern, die ihr nacheifern, und gegenüber Konkurrenten, die den Anforderungen nicht entsprechen und denen deshalb Märkte verschlossen bleiben. „Das Setzen technischer Standards ist das Schlachtfeld, auf dem Staaten darum kämpfen, die Hoheit über strategische Technologien zu erlangen, etwa beim Mobilfunkstandard 5 G, bei Künstlicher Intelligenz oder bei neuen Elektroautos“, heißt es in dem Kammer-Papier.

Chinas Ansatz ist deshalb so herausfordernd, weil er die Normenfindung auf den Kopf stellt. Bisher gingen die technischen Maßstäbe aus Innovationen hervor, getrieben von der Privatwirtschaft. Standards setzten sich am Markt durch und wurden dann festgeschrieben, so in der Wifi-Technik. Peking hingegen wähle einen staatlich zentrierten Weg, der die Orientierungsregeln von oben vorgebe, moniert die Kammer. Man erarbeite sich Vorsprünge, um in strategischen Technologien führend zu werden, und schließe zugleich jene aus, die sie nicht befolgten. Das Reich der Mitte greift auf vielerlei Weise über seine Grenzen hinaus, in systemischer Rivalität zum Westen, aber – ganz anders als Russland – ohne einen einzigen Schuss abzufeuern. Erst langsam finden Europa und die USA Antworten auf diesen Vorstoß. Die EU bemüht sich darum, in China vertraglich mehr Offenheit durchzusetzen, namentlich mit dem neuen

Investitionsabkommen. Solange die Bedingungen aber nicht fair sind, zieht Brüssel seinerseits die Zugbrücken höher, durch schärfer Investitionskontrollen oder strengere Bestimmungen für öffentliche Ausschreibungen. Dieser Verlust an Freiheit zeigt, wie China die internationalen Ordnungsregeln beeinflusst: Weil die EU mit ihrem marktliberalen Modell in Peking nicht durchdringt, macht sie sich Teile der chinesischen Abschottungspolitik zu eigen.

Allerdings gibt es auch gegenläufige Entwicklungen. China schadet sich wirtschaftlich durch seine massive Lockdown-Politik derzeit selbst – wie dauerhaft der Schaden ist, wird sich zeigen. Die ersten Länder in Osteuropa haben sich zudem wieder aus der 16+1-Initiative verabschiedet. Inzwischen gibt es sogar eine „Anti-Seidenstraße“. In Amerika heißt sie „Bring Back Better World“, in der EU „Global Gateway“. Beide Programme zielen auf die in der Pandemie noch gewachsene Lücke in der Infrastruktur von Schwellen- und Entwicklungsländern. Beide streichen in Abgrenzung zu Peking die Werteanbindung an Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, gute Regierungsführung, Transparenz und Verantwortlichkeit heraus. Auf dem G-7-Gipfel in Elmau wurden die Programme zu einer „Partnerschaft für Globale Infrastruktur“ im Volumen von 600 Milliarden Euro zusammengeführt. Das ist sogar im Vergleich zu Peking viel Geld.

Der offene Konflikt mit Russland stellt die Systemkonkurrenz zu China derzeit in den Schatten. Langfristig aber bildet die Auseinandersetzung mit Peking die schwierigere Aufgabe. Die, um mit Habeck zu sprechen, „Abnabelung“ von ihrem wichtigsten Handelspartner wird der EU nur gelingen, wenn sie rechtzeitig umsteuert. Gerade die deutsche Politik und Wirtschaft haben in Peking statt „Wandel durch Annäherung“ eher einen „Wandel durch Anbiederung“ versucht. Erst dieser Weg hat China so stark gemacht, wie es heute ist, und er ist auf ähnlich tragische Weise gescheitert wie in Moskau. Wer das Regime nicht ändern kann, sollte es meiden, auch wenn das zu Wohlstandsverlusten führt. Nicht nur für den bevorstehenden Winter gilt:

In der veränderten Weltordnung muss sich Deutschland warm anziehen.

Christian Geinitz ist Wirtschaftskorrespondent der F.A.Z. in Berlin und war viele Jahre Korrespondent in Peking. Der Text basiert auf seinem Buch „Chinas Griff nach dem Westen. Wie sich Peking in unsere Wirtschaft einkauft“, Verlag C.H. Beck, 2022.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de.



Vom Biss des Bären lernen, den Drachen zu bändigen?

Implikationen des russischen Angriffskrieges
für Deutschlands neue Chinastrategie

Johann Fuhrmann

Seit Wladimir Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine steht Deutschland vor den Trümmern einer gescheiterten Russlandpolitik. Von Naivität, Blauäugigkeit und der misslungenen Einhegung Russlands durch enge Wirtschaftsbeziehungen ist die Rede. Gleichzeitig haben Chinas ambivalente Haltung zum Krieg in Europa sowie Drohungen einer militärischen Einverleibung Taiwans eine Debatte zum Umgang mit der Volksrepublik entfacht. Unter Federführung des Auswärtigen Amtes erarbeitet die Bundesregierung derzeit erstmals eine Chinastrategie. Welche Lehren kann man dafür aus dem russischen Angriffskrieg und dessen Folgen ziehen?

„Die Erfahrungen der vergangenen Monate haben Deutschland gelehrt, wie gefährlich es ist, von einzelnen Handelspartnern abhängig zu sein. Und auch wenn sich dieser Tage alles darum dreht, wie möglichst schnell möglichst viel Ersatz für russisches Gas beschafft werden kann – es steht immer auch die Frage im Raum, ob Deutschland nicht an anderer Stelle viel verwundbarer ist. Das Land, aus dem Deutschland mit Abstand die meisten Waren importiert, ist China“, analysiert Julia Löhr für die FAZ. Derweil mehren sich die Anzeichen, dass sich die Bundesregierung auf ein Zeitalter der verstärkten systemischen Rivalität vorbereitet. „*Just in time* hat ausgedient. Unser Leitbild sollte *just*

in case sein“, fasst die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeswirtschaftsministerium, Franziska Brantner, den Ansatz zusammen. Im Klartext: Unvorbereitet, wie im Falle Russlands, möchte man keinesfalls in einen möglichen Konflikt mit China hineingeraten.

Seit einigen Jahren inszenieren, ja zelebrieren Russland und China eine Annäherung in den bilateralen Beziehungen. Um ein formelles Bündnis zwischen den beiden Autokratien handelt es sich jedoch – noch – nicht. Zweifellos versucht Peking, die aktuelle Situation bestmöglich auszunutzen: So hat China die Bundesrepublik Deutschland im Juni 2022 als größter Importeur russischer Energieträger überholt. Aber nahezu gleichzeitig verkündeten offizielle Quellen aus den USA laut Tagesspiegel, dass es bislang „keine Hinweise darauf [gibt], dass China Russland direkte militärische Unterstützung im Ukraine-Krieg gibt oder dabei hilft, Sanktionen zu umgehen“. China, die zweitgrößte Wirtschaftsmacht der Welt, glaubt, sich nicht eindeutig positionieren zu müssen.

Unter Präsident Xi Jinping, der seine Herrschaft innerhalb der Kommunistischen Partei Chinas spätestens auf deren 20. Parteitag im Oktober 2022 dauerhaft zementiert hat, ist die Volksrepublik in den vergangenen zehn Jahren wohlhabender und autoritärer, selbstbewusster und aggressiver geworden. Drohungen gegenüber Taiwan haben Ängste vor einem offenen militärischen Konflikt geschürt. Gebietsansprüche erhebt Peking auch darüber hinaus in der direkten Nachbarschaft. So erkennt China einen Spruch des Ständigen Schiedshofs in Den Haag aus dem Jahr 2016 nicht an. Im Südchinesischen Meer beansprucht China praktisch das gesamte Gebiet für sich, erschafft künstliche Inseln und errichtet militärische Infrastruktur.

Wohin Xi sein Land steuert, hat er früh dargelegt: Die chinesische Journalistin Gao Yu leakte nur wenige Monate nach seinem Amtsantritt das so genannte Dokument Nummer 9. In dem Schreiben warnt die Parteispitze ihre Kader vor „antichinesischen Kräften“ aus dem Westen, vor dem Glauben an „universelle Werte“, vor der

„Zivilgesellschaft“ sowie der „westlichen Vorstellung von Journalismus“. Unter Chinafachleuten gilt das Dokument als politische Roadmap Xis. So verdeutlicht das Schreiben, dass China seine Rivalen im Westen verortet, mit Washington als Garanten einer Weltordnung, deren Untergrabung und Überwindung erklärtes Ziel Pekings ist. Somit stellen Xis Ambitionen den Westen vor immense Herausforderungen, denen zu begegnen auch Aufgabe Deutschlands und der EU ist.

„Wie kommen wir von China los?“, titelte in diesem Zusammenhang Mitte August die Wochenzeitung Die Zeit. Und gerade vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine scheint derweil kaum eine andere Frage die Chinastrategen im Auswärtigen Amt und im Bundeswirtschaftsministerium stärker umzutreiben. So zeigt ein Blick auf die Statistik, wie wichtig China als Handelspartner für Deutschland ist: Das Gesamtvolumen des Außenhandels mit China lag im Jahr 2021 bei knapp 246 Milliarden Euro – jenes mit Russland bei unter 60 Milliarden. Damit nicht genug: Die Abhängigkeit Deutschlands ist im Falle Chinas viel komplexer als im Falle Russlands. „Sie betrifft wichtige Rohstoffe (etwa Seltene Erden und die Grundstoffe für den Bau von Batterien), neue Technologien (wie künstliche Intelligenz und 5G-Funktechnik) und schließlich den riesigen chinesischen Markt, an dem vor allem deutsche Großkonzerne hängen“, heißt es in der Zeit.

Die Folgen eines Totalausfalls – etwa im Falle einer militärischen Auseinandersetzung um Taiwan – wären verheerend. Dabei ist absehbar, dass der deutschen Volkswirtschaft ein immenser Schaden entstehen würde. Deshalb ist die starke Fokussierung einzelner Großkonzerne auf den chinesischen Absatzmarkt nicht nur ein unternehmerisches Risiko. Die Politik hat das Problem offensichtlich erkannt, aber ihre Mittel sind begrenzt. So verweigerte das Bundeswirtschaftsministerium im Juni erstmals dem Automobilhersteller Volkswagen Hermes-Bürgschaften für die Teilerneuerung seiner Werke in Xinjiang.

Darüber hinaus gilt es, die Lieferketten und Abhängigkeiten systematisch zu überprüfen. In einem Positionspapier wirbt das ifo Institut

insbesondere dafür, dass Deutschland und die EU sich verstärkt um Freihandelsabkommen bemühen, um die Diversifizierungsbestrebungen deutscher Unternehmen politisch wirkungsvoll zu unterstützen. Das Ende Juni geschlossene EU-Abkommen mit Neuseeland kann da nur der Anfang sein.

Eine neue deutsche Chinastrategie sollte aber über den wirtschaftlichen Bereich hinaus mehr leisten. Es gilt, deutsche und europäische Interessen klar zu definieren und China die immensen Kosten aufzuzeigen, die im Konfliktfall folgen würden. Darüber hinaus sollte die Chinastrategie entschlüsseln, in welchen Bereichen das Land tatsächlich Rivale oder gar Gegner des Westens ist und in welchen Bereichen Wettbewerb besteht – der im Zweifel beiden Seiten nützt. Auch sollte der Frage nachgegangen werden, wo wir China als Partner brauchen, etwa beim globalen Kampf gegen den Klimawandel.

Zweifellos zielen China und Russland darauf, die westliche Ordnung zu untergraben. Dennoch handelt es sich bei dem Verhältnis zwischen Peking und Moskau um kein formales Bündnis. Und alle innewohnenden Chancen dieser Uneindeutigkeit auszuloten, sollte weiterhin Ziel deutscher und europäischer Bemühungen sein. Dass die erste Asienreise Bundeskanzler Olaf Scholz nach Japan führte, ist als ein deutliches Signal verstanden worden – sowohl an China als auch an die Wertepartner in der Region. Und so liegt es zweifellos vor allem in den Händen Pekings, einen Systemkonflikt mit den USA und dem Westen abzuwenden. Dennoch: Der sogenannte Kompromiss um den Einstieg des chinesischen Staatsunternehmens Cosco im Hamburger Hafen, den Scholz gegen das Ansinnen von sechs Bundesministerien durchgeboxt hat, ist in diesem Zusammenhang ein fatales Signal – eine Absage an die von ihm eigens verkündete Zeitenwende. Nebenbei hat er auch sämtliche Bemühungen um eine Reduzierung von Abhängigkeiten, die Kern des Chinapapiers des Auswärtigen Amts sein sollen, untergraben. Denn nur eine konsequente Haltung hätte auch gegenüber Peking deutlich gemacht, dass es ein „Weiter so“ in der deutschen Chinapolitik nicht

geben wird. Statt die richtigen Lehren zu ziehen, steht die Bundesregierung strategisch mit leeren Händen da. Dabei werden wir den Wettbewerb um unsere Werte nur mit weniger Naivität, noch mehr Dialog und einer gehörigen Portion Härte bestehen.

Johann Fuhrmann ist Leiter des Auslandsbüros China der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Peking.



Quelle: © Ann Wang, Reuters.

[Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 07.08.2022, Nr. 31, S. 2](#)

Status quo post

Nancy Pelosi hat Taiwan besucht, China fühlte sich davon provoziert.
Nun versuchen alle Seiten, ihre Interessen zu sichern.

[Friederike Böge / Sofia Dreisbach](#)

Es gibt ein Bild, das im Zusammenhang mit China oft verwendet wird: ein Frosch in einem Kochtopf, in dem die Wassertemperatur langsam bis zum Siedepunkt erhöht wird. Wenn man den Frosch in kochendes Wasser werfen würde, würde er sofort wieder herausspringen. Wenn man die Temperatur aber langsam erhöht, bleibt er im Wasser sitzen und stirbt. Das Bild soll eine chinesische Methode darstellen, die das Land besonders erfolgreich im Inland einsetzt. Überwachung und Repression wurden in kleinen Schritten verstärkt, sodass sich viele Leute daran gewöhnt haben. Im Südchinesischen Meer ließ Präsident Xi Jinping künstliche Inseln aufschütten und versprach seinem amerikanischen Amtskollegen Barack Obama, dass daraus keine

Militärbasen werden würden. Heute sind sie das. In Hongkong wurde ein Demokratieaktivist nach dem anderen festgenommen, bis keiner mehr da war.

Der Sprecher des amerikanischen Nationalen Sicherheitsrats, John Kirby, bemühte nun das Bild vom Frosch, um die chinesischen Militärmanöver rund um den Inselstaat zu beschreiben. Die Schießübungen sollen am Sonntag vorbei sein. Doch danach wird die Temperatur im Kochtopf gestiegen sein. Während der Manöver hat China die Grenzen seines militärischen Operationsraums rund um Taiwan neu definiert. Es hat erstmals Raketen über Taiwan hinweggeschossen und erstmals Raketen in die

japanische Exklusive Wirtschaftszone gelenkt. Es ist erstmals seit den 1950er-Jahren in den Luftraum über den Kinmen-Inseln eingedrungen. Es hat eine beispiellos hohe Zahl an Militärschiffen und -flugzeugen über jene Linie geschickt, die die Taiwanstraße in der Mitte teilt und früher mal als informeller Puffer zwischen den Konfliktparteien diente. Man kann davon ausgehen, dass die Grenzverschiebungen dauerhaft sind und China ähnliche Operationen künftig wieder abhalten wird. Genauso, wie sich viele Chinesen an Überwachung und Repression gewöhnt haben, soll sich die Welt an chinesische Militäraktionen gewöhnen. Gefährlich ist das, weil es ungewollte Zusammenstöße möglich macht und weil es China in die Lage versetzt, für eine Invasion oder Seeblockade zu üben und aus einer solchen vermeintlichen Manöveroperation aus anzugreifen.

Die Vereinigten Staaten und Taiwan werfen China deshalb vor, den sogenannten Status quo einseitig verändert zu haben. Der Konflikt zwischen Taiwan und China ist eine Art Fortsetzung des chinesischen Bürgerkriegs im zweiten Viertel des 20. Jahrhunderts. Seit 1979 ist er eingefroren. Damit er nicht in einen heißen Konflikt umschlägt, haben sich offiziell alle Seiten zum Erhalt des Status quo verpflichtet. Doch auch China wirft den USA vor, den Status quo verändert zu haben. Sie unterstellen der Regierung in Washington, dass sie, erst unter Donald Trump und jetzt unter Joe Biden, Schritt für Schritt auf eine Unabhängigkeit Taiwans hinarbeitet. So hatte sich etwa im März der frühere Außenminister Mike Pompeo dafür ausgesprochen, Taiwan als unabhängigen Staat anzuerkennen und diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Pompeo ist freilich nicht mehr im Amt. An der offiziellen Politik der amerikanischen Regierung habe sich nichts verändert, betont die Regierung Biden immer wieder.

Die Idee, dass China und Taiwan irgendwann „wiedervereinigt“ werden, gehört zu den Gründungsmythen der Volksrepublik China und hat bis heute eine hohe Symbolkraft. Sollte Taiwan morgen seine Unabhängigkeit erklären, wäre eine militärische Reaktion Chinas so gut wie

sicher. Kein chinesischer Führer würde es politisch überleben, Taiwan „verloren“ zu haben. Aus taiwanischer Sicht wäre eine erzwungene „Wiedervereinigung“ eine Annexion.

Der Besuch von Nancy Pelosi in Taiwan kommt aus chinesischer Sicht einer Veränderung des Status quo nahe. Pelosi ist die Nummer drei der protokollarischen Rangfolge in Amerika nach der Vizepräsidentin. Wenn sie Taiwans Präsidentin Tsai Ing-wen trifft, kommt das einer diplomatischen Aufwertung gleich, die Taiwan in die Nähe eines unabhängigen Landes rückt. Peking wittert dahinter Kalkül, auch wenn die amerikanische Regierung betont, dass in den USA die Gewaltenteilung gilt und Pelosi als Kongressangehörige ihre eigenen Entscheidungen trifft.

Sowohl für die USA als auch für China ist Taiwan von großer strategischer Bedeutung. Zum einen wegen seiner geographischen Lage, zum anderen wegen seiner dominanten Rolle in der globalen Halbleiterproduktion. Eine Eroberung Taiwans würde China in die Lage versetzen, militärisch sehr viel weiter in den Indopazifik hineinzuwirken. Umgekehrt wäre ein unabhängiges Taiwan mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Verbündeter Amerikas im direkten Hinterhof Chinas. Die Halbleiterindustrie betrachtet Taiwan seit Langem als Schutzschild. Mehr als 90 Prozent der fortschrittlichsten Mikrochips werden auf der Insel produziert. Ohne sie wären Hightech-Industrien in Amerika, in Europa, aber auch in China aufgeschmissen. Taiwan hofft, dass diese herausgehobene Bedeutung China von einer Invasion abhalten würde oder Amerika und andere westliche Staaten im Ernstfall motivieren würde, Taiwan zu Hilfe zu kommen.

In China gibt es keine Wähler. Aber es gibt „Tasaturkrieger“. Nationalistische Eiferer, die ihren Gewaltphantasien im Internet freien Lauf lassen. Oft lässt die chinesische Führung sie als Fußsoldaten gewähren, um Gegner mürbe zu machen. Für die Führung hat das auch den Vorteil, dass Leute, die sich als Teil einer starken Nation fühlen, die Schuld für ihre womöglich schlechte wirtschaftliche Lage nicht in China, sondern in Amerika suchen. Manchmal hat die

Kommunistische Partei ein Interesse daran, die überhitzten Gemüter zu beruhigen. Das ist nicht immer einfach. Nachdem China mit seinen Militärmanövern begonnen hatte, zeigten viele Tastaturkrieger sich enttäuscht. „Ich glaube es nicht!“, schrieb einer. „Ich wollte die gewaltsame Vereinigung mit Taiwan feiern. China ist doch stark genug dafür, oder nicht?“ Er war nicht der Einzige. Die Manöver sind darauf ausgerichtet, möglichst öffentlichkeitswirksam zu sein, um solchen Erwartungen nach nationaler Größe gerecht zu werden.

Zum jetzigen Zeitpunkt haben aber weder China noch die Vereinigten Staaten Interesse an einer direkten Konfrontation. Dass Peking Raketen in die japanische Exklusive Wirtschaftszone geschossen hat, war zwar auch als Warnung an die USA zu verstehen. Deren Militärstützpunkt in Japan würde im Fall einer kriegerischen Auseinandersetzung um Taiwan eine zentrale Rolle spielen. Zugleich hat China eine direkte Konfrontation mit den USA bewusst vermieden, indem es seine Militärmanöver erst begann, nachdem Nancy Pelosi abgereist war. Beide Seiten betonten lange, dass sie miteinander direkt in Verbindung stünden, um Fehlkalkulationen und Missverständnisse zu vermeiden. In einem weiteren Eskalationsschritt verkündete China jedoch am Freitag, dass es den Austausch mit den USA über den Klimaschutz „aussetzen“ und ein Gespräch zwischen Militärführern sowie zwei Sicherheitstreffen absagen werde.

Schon am Donnerstag hatte der amerikanische Sicherheitsratssprecher John Kirby China zwar vorgeworfen, „überzureagieren“. China nehme Pelosis Besuch als Vorwand, um „provokante militärische Handlungen in und um die Taiwanstraße zu verstärken“. Gegenmaßnahmen kündigte er aber nicht an. Im Gegenteil: Amerika verschiebe einen seit Langem für diese Woche geplanten Test einer Interkontinentalrakete, um eine weitere Eskalation zu vermeiden. Kirby wies nur dezent darauf hin, dass die Amerikaner in der Lage seien, auf weitere Eskalationsschritte Chinas zu reagieren. Der Flugzeugträger „USS Ronald Reagan“ soll

mit seinen Begleitschiffen „ein klein bisschen länger als geplant“ in der Region bleiben.

Auch die taiwanischen Streitkräfte waren sichtlich bemüht, China keinen Vorwand für eine weitere Eskalation zu bieten. Dass das chinesische Militär erstmals Raketen über die Insel hinweg in die japanische Exklusive Wirtschaftszone schoss – aus taiwanischer Sicht ein hochsymbolischer Akt –, bestätigte das taiwanische Verteidigungsministerium erst, als Japan es verkündet hatte. Für Taiwan ist es ein schwieriger Balanceakt. Die Regierung muss der Bevölkerung das Gefühl vermitteln, das Land im Ernstfall gegen die chinesische Bedrohung verteidigen zu können. Dieses Vertrauen zu erschüttern gehört zu den zentralen Zielen der chinesischen Militärmanöver. In Taiwan bemüht man sich deshalb, die schwierige Lage zum eigenen Vorteil zu nutzen. Die chinesische Überreaktion richte die globale Aufmerksamkeit auf Taiwan und verschaffe dem Inselstaat international die dringend benötigte Unterstützung, heißt es in Taipeh. Die eigene Bevölkerung werde dadurch aufgerüttelt und sei eher bereit, einer Erhöhung des Wehretats zuzustimmen. Außerdem könne man aus den Manövern wichtige Rückschlüsse auf Chinas Taktiken ziehen.

Genau eine solche Lage dürfte es gewesen sein, an die Präsident Joe Biden dachte, als er über einen Besuch der „Sprecherin“ des Repräsentantenhauses in Taiwan sagte, er halte das „gegenwärtig nicht für eine gute Idee“. Bidens Kommentar dürfte sich nicht nur auf die Spannungen zwischen China und Taiwan bezogen haben, sondern auch auf die möglichen Auswirkungen für die USA. Amerika hat kein Interesse daran, China ernsthaft zu verärgern. In einem Interview im Dezember vergangenen Jahres bezeichnete Außenminister Antony Blinken die Beziehung zu Peking als die „komplexeste und auch folgenreichste“, die Amerika habe. Es sei verlockend, ihr einen Stempel aufzudrücken – „aber das können wir nicht“. Es gehöre Wettbewerb ebenso dazu wie Kooperationen und Konflikt. Die Herausforderung sei „sicherzustellen, dass wir unsere Beziehung mit allen diesen verschiedenen Aspekten handhaben“.

Für sein Investitionsprogramm warb Biden mit der Bemerkung, man müsse mit China mithalten können.

Der Präsident führt seine Chinapolitik unter dem Begriff der „strategischen Konkurrenz“. Es geht nicht um einen wirtschaftlichen Bruch, sondern um Beziehungen, die wechselseitig sind. Ausgenommen sind dabei etwa kritische Technologien und Handel, der Menschenrechtsverletzungen in China unterstützt. Dabei hat sich der amerikanische Präsident selbst schon mehrmals so geäußert, dass es Peking verärgern dürfte: Drei Mal hat er gesagt, man werde Taiwan im Falle eines Angriffs durch China militärisch unterstützen – was genau das bedeutet, hat er nicht ausgeführt.

Bei seinem Besuch in Südkorea und Japan im Mai hat Biden deutlich gemacht, dass er einen Schulterchluss gegen China anstrebt; wieder ging es um den „Wettbewerb zwischen Demokratien und Autokratien“. Pelosis Besuch in Taiwan könnte der Front, zu der auch Australien gehört, Schaden zugefügt haben. Er lenkt von den gemeinsamen Bemühungen der Verbündeten ab, Chinas militärischen Einfluss einzudämmen – stattdessen, so sagen es Beobachter, stärkten die neuerlichen Aggressionen Pekings Einfluss und schmälerten die Rolle des Bündnisses. Kirby nahm in der Pressekonferenz am Donnerstag denn auch direkt Bezug auf Japan: Man werde weitere Schritte unternehmen, um Amerikas Engagement für die Sicherheit der Verbündeten in der Region zu demonstrieren – „und das schließt auch Japan ein“.

Pelosi dürfte für die Reise auch einen Grund gehabt haben, der weniger den amerikanischen oder taiwanischen als ihren eigenen Interessen diene. Die 82 Jahre alte Demokratin könnte im kommenden Jahr voraussichtlich ihren Posten als „Sprecherin“ des Repräsentantenhauses verlieren – Taipeh könnte also der Schlusspunkt ihres jahrelangen Engagements für Menschenrechte in China und für Taiwan in einflussreicher Position gewesen sein. Ein hoher Preis für eine persönliche Abschiedstour? Im Kongress gab es von republikanischer Seite seltenen Beifall für Pelosi. 26 Senatoren sprachen sich in einer gemeinsamen

Erklärung für ihren Taiwanbesuch aus. Der Jubel in der eigenen Partei hingegen hielt sich in Grenzen.

Friederike Böge ist Korrespondentin der F.A.Z. für China, Nordkorea und die Mongolei.

Sofia Dreisbach ist Korrespondentin der F.A.Z. für Nordamerika mit Sitz in Washington, D.C.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de.



[Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.06.2022, Nr. 149, S. 2](#)

Aufbruch mit zwei Säbeln

Russlands antiwestliche Bündnisse

[Friederike Böge / Friedrich Schmidt](#)

Auf der Suche nach neuen Bündnissen beschreitet Russlands Präsident alte Pfade: Seine erste Auslandsreise seit dem Überfall auf die Ukraine führte Wladimir Putin nach Zentralasien. Fünf Staaten, die dort aus Sowjetrepubliken hervorgingen (Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan), stellt er als „historisches Russland“ dar. Am Dienstag traf Putin in Duschanbe den tadschikischen Machthaber Emomali Rachmon, am Mittwoch reiste er ins turkmenische Aschgabad zu einem Gipfel der Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres (Aserbaidschan, Iran, Kasachstan, Russland, Turkmenistan). Zudem beging man in der auf Herrscherbefehl ganz in Weiß gehaltenen Hauptstadt den 65. Geburtstag des früheren Staatschefs Gurbanguly Berdymuchamedow, der die Macht im Frühjahr seinem Sohn Serdar

übergeben hat. Putin schenkte Berdymuchamedow Senior laut Kreml zwei Säbel, ein Schachspiel und eine Skulptur namens „Zurückkehrender Reiter“. Auch um Entwicklung sollte es gehen, so die Förderung von Öl und Gas.

Noch mehr Hoffnungen Moskaus richten sich auf BRICS, ein Forum, in dem man Brasilien, Indien, China und Südafrika verbunden ist. Besonders seit der Annexion der Krim, dem Ausschluss aus den G 8 und ersten westlichen Sanktionen 2014 ist der Kreml darum bemüht, es als Alternative zum „Westen“ darzustellen. Es gibt eine BRICS-Entwicklungsbank mit Sitz in Schanghai, andere Projekte lahmen. Dennoch ist Moskau nach dem Überfall mehr denn je bestrebt, BRICS, dessen Präsidenten vorige Woche einen von China ausgerichteten virtuellen Gipfel abhielten,

als antiwestlichen Aufbruch darzustellen. Zumal Iran und Argentinien beitreten wollen. Das Oberhausmitglied Alexej Puschkow äußerte, der mögliche Beitritt sei ein „Durchbruch“, der „die Bemühungen des Westens untergräbt, Russland zu isolieren“.

Die Staatsnachrichtenagentur Ria zitierte den krenltreuen Politologen Sergej Markow, Iran habe lange BRICS beitreten wollten, doch westliche Sanktionen hätten im Weg gestanden. Jetzt bedrohten „antirussische Verbote“ auch China, daher werde Iran jetzt wohl aufgenommen. Bisher stopft China durch westliche Sanktionen entstandene Lücken in Russland etwa in den Bereichen Technik und Finanzierung nicht, um Sekundärstrafmaßnahmen zu vermeiden; wie Indien kauft das Land zudem russisches Öl mit großem Rabatt gegenüber dem Marktpreis.

Vor allem China dringt darauf, BRICS um neue Mitglieder zu erweitern. Neben Argentinien und Iran sollen nach Pekings Vorstellungen Indonesien und Ägypten aufgenommen werden. Indien, Brasilien und Südafrika sperren sich jedoch gegen den Vorstoß. Vor dem jüngsten BRICS-Gipfel erhöhte Peking den Druck. Dahinter stehen Bemühungen, dem Eindruck entgegenzuwirken, China sei international isoliert. Aus dem gleichen Grund verlegte Peking das BRICS-Treffen vor, sodass es unmittelbar vor den Gipfeln der G-7-Staaten und der NATO stattfand. Ursprünglich war die Veranstaltung für den 4. Juli geplant.

Um breite internationale Unterstützung zu demonstrieren, lud China 13 Gastländer zu einem Entwicklungsforum, das Teil des Gipfels war, darunter Iran, Ägypten, Fidschi, Algerien, Kambodscha, Thailand, Indonesien und Malaysia. Staatschef Xi Jinping beschrieb die BRICS-Vereinigung in einer Rede als Gegenentwurf zu US-geführten Bündnissen, die er als „hegemoniale kleine Zirkel“ bezeichnete, während die BRICS-Staaten eine „große Familie“ seien. Das chinesische Außenministerium behauptete nach dem Treffen, alle Mitglieder unterstützten eine Erweiterung des Formats. In Peking war jedoch zu hören, dass Südafrika

Anstoß daran nahm, dass China mögliche afrikanische Anwärter identifiziert hat, ohne Südafrika zu konsultieren.

Friederike Böge ist Korrespondentin der F.A.Z. für China, Nordkorea und die Mongolei.

Friedrich Schmidt ist politischer Korrespondent der F.A.Z. für Russland, Belarus, den Kaukasus und Zentralasien mit Sitz in Moskau.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de.

Zwischen den Stühlen

Entwicklungs- und Schwellenländer im sich verschärfenden Systemkonflikt

Sebastian Enskat / Magdalena Jetschgo-Morcillo / Maximilian Römer

Der Jubel war groß, als am 2. März 2022 das Ergebnis der als historisch bezeichneten Abstimmung der UN-Vollversammlung in New York über Russlands Einmarsch in die Ukraine verkündet wurde. „Weltgemeinschaft verurteilt die Invasion Russlands mit überwältigender Mehrheit“ – so und ähnlich klangen die Einschätzungen zu Resolution A/ES-11/L.1, die von 141 Staaten befürwortet und von nur fünf – Russland, Belarus, Eritrea, Nordkorea und Syrien – abgelehnt wurde. 35 Staaten enthielten sich ihrer Stimme.

Etwas mehr als ein halbes Jahr später ist von dieser Euphorie nicht mehr viel übrig. Im sogenannten Westen ist die Unterstützung für den

Kampf der Ukraine nach wie vor groß, die Verurteilung des russischen Angriffskrieges weitgehend einhellig. Im Rest der Welt ist das Bild dagegen deutlich ambivalenter.

Zur Ernüchterung beigetragen hat vor allem die Tatsache, dass zu jenen Staaten, die eine klare Positionierung im Hinblick auf Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine haben vermissen lassen, auch solche gehören, die immer wieder dem Lager des Westens zugerechnet werden, allen voran die einflussreichen Schwellenländer Brasilien, Indien und Südafrika.

Jedoch muss bei einer solchen Zuordnung beachtet werden, dass sich die Perspektiven

dieser Länder hinsichtlich des Krieges in der Ukraine in vielerlei Hinsicht von der im Westen vorherrschenden Sicht unterscheiden. Während der Konflikt in Berlin, Brüssel und Washington mehrheitlich als eine Art Stellvertreterkrieg im sich verschärfenden Systemkonflikt zwischen den Demokratien und Autokratien dieser Welt wahrgenommen wird, teilt man diese Weltsicht anderswo häufig nicht, ganz zu schweigen von der Bereitschaft, sich einer der beiden vom Westen eingeteilten Staatengruppen anzuschließen. Stattdessen dominiert nicht nur in Brasilia, Neu-Delhi und Pretoria ein an den eigenen historischen Erfahrungen und spezifischen Interessen orientierter Blick auf die Dinge. Auch wenn jedes Land seine eigene Sicht auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und die internationale Ordnung hat, lassen sich doch einige grundsätzliche Schlussfolgerungen ziehen:

1. **Historische Erfahrungen:** In vielen afrikanischen Staaten wie nicht zuletzt Südafrika ist die Unterstützung dortiger Befreiungsbewegungen durch die ehemalige Sowjetunion bis heute nicht vergessen. Und auch in Indien spielt es bis heute eine wichtige Rolle, dass die UdSSR im Kaschmirkonflikt stets treu an der Seite Neu-Delhis stand.
2. **Außenpolitische Traditionen:** Staaten wie Brasilien, Indien und Südafrika folgen mit ihrer Nicht-Parteinahme einer langen außenpolitischen Tradition: Besonders während des Kalten Krieges vermieden es viele Entwicklungs- und Schwellenländer bewusst, sich einer der beiden Großmächte anzuschließen – insbesondere um zu vermeiden, in deren Konflikte hineingezogen zu werden.
3. **Wirtschaftliche und militärische Abhängigkeiten:** Ob Brasiliens Abhängigkeit von russischen Düngemitteln oder jene Indiens von russischen Waffen: Die Abhängigkeiten in Schlüsselsektoren der Wirtschaft oder Verteidigung erschweren eine Abwendung von Russland. Einige Abhängigkeiten haben sich durch den Krieg sogar noch weiter verschärft.

So sind vor allem afrikanische Länder in hohem Maße auf Getreide oder Speiseöl aus Russland und der Ukraine angewiesen, deren Preise durch den Krieg in astronomische Höhen gestiegen sind – mit dramatischen Auswirkungen für die betroffenen Länder.

4. **Nüchternes Kalkül:** Viele Staaten im Globalen Süden können heute aus einem bunten Strauß an wirtschafts-, entwicklungs- und sicherheitspolitischen Kooperationsangeboten auswählen. Angebote aus dem Westen sind dabei häufig an Bedingungen, etwa an Standards in Sachen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, geknüpft und auch deshalb in der Wahrnehmung des Globalen Südens nicht immer „die besten“. Wenn Angebote aus dem Westen ganz ausbleiben oder lückenhaft sind, wird dies von China und Russland nur zu gerne genutzt, um in diese Lücken zu stoßen. Viele Entwicklungs- und Schwellenländer sind dabei immer weniger bereit, Entscheidungen an einer vermeintlichen weltanschaulichen Nähe auszurichten und stellen stattdessen nüchterne Kosten-Nutzen-Kalkulationen an, die sich in erster Linie an den eigenen eher kurzfristigen Interessen orientieren.
5. **Antiwestliche Narrative:** Im Zusammenhang mit dem Vorwurf westlicher Doppelmoral wird im Globalen Süden besonders häufig auf Militärinterventionen der USA und europäischer Partner ohne UN-Mandatierung verwiesen, etwa den Einmarsch der USA im Irak 2003. Aber auch das Nicht-Einschreiten des Westens bei anderen Konflikten – etwa in Syrien – wird im Zusammenhang mit der Debatte um den Krieg in der Ukraine häufig bemängelt. Derartige Inkonsistenzen – ob real oder nur wahrgenommen – tragen zum Narrativ bei, der politische Westen verteidige die liberale Weltordnung vor allem deshalb, weil dies den eigenen Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen diene.

Wo ließe sich nun ansetzen, um Entwicklungs- und Schwellenländer im sich verschärfenden

Systemkonflikt mit Russland und China wieder stärker an den Westen zu binden?

Zunächst lässt sich festhalten, dass Appelle für demokratische und rechtsstaatliche Standards wichtig sind und bleiben, auch in der Entwicklungszusammenarbeit. Diese geht aber immer noch viel zu oft an den tatsächlichen Bedürfnissen der Partnerländer vorbei. Stärker auf das einzugehen, was die jeweiligen Länder sicherheits- oder wirtschaftspolitisch tatsächlich brauchen und fordern, wäre deshalb ein guter Anfang.

Darüber hinaus ist die Zusammenarbeit auch mit Schwellenländern noch immer häufig asymmetrisch geprägt. Dabei haben viele Länder Afrikas, Lateinamerikas oder Asiens – gerade in Zeiten großer Diversifizierungsbedarfe im Energiesektor – viel anzubieten und sollten als gleichberechtigte Partner behandelt werden. Insbesondere Regionalmächte wie Brasilien, Indien und Südafrika haben wirtschafts- und sicherheitspolitische Potenziale, die vom Westen anerkannt und stärker genutzt werden sollten.

Westliche Staaten sollten zudem die Einbindung wichtiger Schwellenländer in multilaterale Formate – gerade auch kleinere und informellere Gruppen nach dem Vorbild der BRICS – verstärken, um so Synergien zu schaffen und besser auf die Bedürfnisse dieser Länder einzugehen.

Schließlich hat der Westen dringenden Nachholbedarf hinsichtlich seiner Kommunikation gegenüber den Gesellschaften des Globalen Südens. Ob mit Blick auf COVID-19-Impfstoffe oder die Frage nach der Schuld an Nahrungsmittelknappheiten in verschiedenen Regionen: Russland und China nutzen gezielt und oft erfolgreich soziale und Online-Medien, um ihre Falschinformationen unter die Leute zu bringen. Hier wäre es von entscheidender Bedeutung, dem eigene, auf Fakten basierende Botschaften entgegenzusetzen. Erst wenn der Westen von den Gesellschaften der jeweiligen Länder als

vertrauenswürdiger Partner angesehen wird, kann auch der politische Wille zu einer noch intensiveren Zusammenarbeit entstehen.

Sebastian Enskat ist Leiter der Abteilung Demokratie, Recht und Parteien in der Hauptabteilung Analyse und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Magdalena Jetschgo-Morcillo ist Referentin Globale Ordnung und Systemwettbewerb in der Hauptabteilung Analyse und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Maximilian Römer vertritt die Referentenstelle Globale Ordnung und Systemwettbewerb in der Hauptabteilung Analyse und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung.



Höchste Zeit, zu handeln

Europa muss dem Werben Chinas und Russlands in
Lateinamerika entschiedener entgegenreten

Sebastian Grundberger

Als „nicht sehr optimistisch“ bezeichnete sich der uruguayische Präsident Luis Lacalle Pou 2021 mit Blick auf eine baldige Ratifizierung des EU-Mercosur-Assoziierungsabkommens. Nach dem erfolgreichen Abschluss von über 20 Jahren Verhandlungen herrscht nicht nur in Uruguay Frustration und auch Unverständnis über das europäische Zögern bei der Unterzeichnung des fertig verhandelten Texts. Während sich die Gegner des Abkommens in Europa vor allem auf Umweltschutz und Menschenrechte beziehen, bedeutet der Vertrag für durch Krisen gebeutelte exportabhängige Volkswirtschaften wie Uruguay die Chance auf Wachstum und Entwicklung. Objektiv ist das Abkommen vor allem eines: ein engerer Zusammenschluss Europas mit

wichtigen demokratischen Partnern in Lateinamerika. In Zeiten der Systemkonkurrenz und geopolitischer Rivalitäten kann dies nicht hoch genug bewertet werden.

Alternativen zu einer engeren Anbindung Lateinamerikas an Europa stehen längst bereit. Uruguay verhandelt bilateral über ein Freihandelsabkommen mit China. Als mittlerweile wichtigster Handelspartner vieler Staaten der Region bietet das Reich der Mitte sich nicht nur als schier endloser Absatzmarkt für Rohstoffe an, sondern schlägt eine ganz besondere Art von „Freundschaft“ vor – wirtschaftliche Zusammenarbeit im Gegenzug für geopolitische Zugeständnisse und Abhängigkeiten. Lateinamerikanische Politiker

übernehmen immer wieder chinesische Narrative von „Multilateralismus“, „Zusammenarbeit“ oder „Solidarität“ und singen das Hohelied auf die „neue Seidenstraße“, die „Nichteinmischung in interne Angelegenheiten“ oder in Einzelfällen gar auf die „chinesische Art der Demokratie“. Mitunter lassen sich demokratische Parteien auf „Dialogformate“ unter „Parteien“ mit der KP Chinas ein. Dabei mangelt es unter Lateinamerikas Eliten nicht nur an Kenntnissen zu China, sondern auch an Verständnis, dass Beziehungen für China immer hierarchisch sind – „Freunde Chinas“ sind solche, die den geopolitischen Interessen Pekings nützlich sind. Entsprechend treten chinesische Diplomaten in Lateinamerika bei Kritik oft schroff bis dünnhäutig auf.

Zudem wirbt Chinas vielstimmige und vielsprachige Propagandamaschine nicht erst seit der Coronapandemie für das eigene Modell eines autoritär-totalitären Staatswesens, das als effektiver und moralisch mindestens ebenbürtig oder sogar überlegen gegenüber westlichen Demokratien präsentiert wird. Diese propagandistisch überhöhte Vision, dass Entwicklung ohne Freiheit und Demokratie möglich ist, klingt in den Ohren von Autokraten oder angehenden Autokraten in Lateinamerika nur allzu lieblich.

Auch Moskau findet in Lateinamerika fruchtbaren Boden für die Saat seiner demokratiezersetzenden Propaganda durch Kanäle wie RT, das seit 2009 ein spanischsprachiges Programm anbietet. Allgemein wird in der öffentlichen Diskussion nur wenig Aufklärungsarbeit über den Propagandacharakter der internationalen russischen Staatsmedien wie RT, Sputnik oder Ruptly geleistet. Zudem fehlt es in Lateinamerika oft an Qualitätsmedien, sodass man an sensationsheischende und politisch stark gefärbte Programme gewöhnt ist. Russische Propagandasender bieten geschickt kulturell Anschlussfähiges und auf die Gewohnheiten des lateinamerikanischen Publikums ausgerichtete Angebote, was sich im oft kritiklosen Teilen von Sputnik- oder RT-Inhalten in den sozialen Netzwerken niederschlägt. Nach eigenen Angaben wurden spanischsprachige RT-Videos allein im Jahr 2020 rund zehn Milliarden Mal auf Youtube abgespielt. RT und

seine Schwestersender können dabei auf ein antiamerikanisches Ressentiment bauen, das über unterschiedliche Bevölkerungsschichten hinweg verbreitet ist und Russland und China als „Gegner“ der USA in einem freundlicheren Licht erscheinen lässt.

Besonders eng verbunden mit China und Russland sind die Autokratien Kuba, Venezuela und Nicaragua. Vor allem Kuba propagiert eine autoritäre, antiliberalen und antiwestliche Grundhaltung. Auch die notorische Finanzknappheit dieser Regime führt dazu, dass China und Russland Tür und Tor geöffnet werden. Nicht zuletzt spielten chinesische und russische Waffen eine wichtige Rolle bei der Repression demokratischer Proteste, wenn der russische Waffenexport seit Beginn des Angriffskrieges gegen die Ukraine auch deutlich gesunken ist. Dies hielt Nicaragua nicht davon ab, Anfang September 2022 neben Ländern wie China, Syrien oder Belarus an der vom Kreml ausgerichteten Militärübung Wostok 2022 teilzunehmen. Auch stehen Staatsmedien wie der venezolanische Regionalsender Telesur gerade hinsichtlich des Krieges in der Ukraine als bereitwillige Resonanzkörper der russischen und chinesischen Desinformation bereit.

Doch auch jenseits der Achse der lateinamerikanischen Autokratien konnten China und Russland ihren Einfluss massiv ausbauen. Oft geschieht dies durch die Beziehungen der erwähnten Länder zu Kräften der im demokratischen Spektrum zu verortenden Linken. Zwischen der autokratischen und der demokratischen Linken herrscht mitunter eine merkwürdige Komplizenschaft, die sich in gemeinsamen Foren wie dem „Foro de São Paulo“ oder der „Grupo de Puebla“ niederschlägt. Es überrascht wenig, dass diese engen Beziehungen auch als Steigbügelhalter für geopolitische Interessen Russlands und Chinas dienen.

Das Werben insbesondere Pekings wird aber auch in Mitte-rechts-Kreisen oft wenig kritisch hinterfragt. China wird gerade von Wirtschaftseliten und den ihnen nahestehenden politischen Kräften fast ausschließlich unter ökonomischen Aspekten betrachtet. Die jüngste Aussage des

ehemaligen uruguayischen Außenministers Enrique Iglesias, man könne die politische Dimension aus einem Handelsabkommen mit China ausblenden, steht exemplarisch dafür. Es bleibt eine offene Frage, wie dies funktionieren soll angesichts der Tatsache, dass China keinen Schritt geht, der nicht eng mit eigenen geopolitischen Ambitionen verbunden ist. Insbesondere mit Blick auf Länder mit notorisch instabilen politischen Kontexten wie Peru oder Argentinien stellen besorgte Beobachter ob der Massivität der chinesischen Kontrolle über kritische Infrastruktur oder Bodenschätze mittlerweile zudem die Frage, inwieweit es bereits zu einem nationalen Souveränitätsverlust in gewissen Bereichen gekommen ist. Es kommt vor diesem Hintergrund nicht von ungefähr, dass sich viele lateinamerikanische Regierungen nicht durchringen können, China nicht genehme Resolutionen in internationalen Organisationen zu unterstützen.

Weltweit ist keine Hauptstadt weiter von Peking entfernt als das uruguayische Montevideo. Wie jedoch bereits beschrieben, schränkt dies den Appetit Pekings keineswegs ein. Gerade weil Uruguay nur ein recht kleiner internationaler Player ist, wird die Bereitschaft Chinas, ein Freihandelsabkommen zu schließen, intern durchaus als eine Art internationaler Ritterschlag begriffen. Gemeinsam mit der Frustration der Eliten über das europäische Zaudern bei der Ratifizierung des EU-Mercosur-Abkommens bildet dies eine für Europa bedenkliche Mischung. Wenn Europa den geopolitischen Vormarsch Chinas – aber auch Russlands – und die Stärkung einer antiliberalen und antiwestlichen globalen Achse in Lateinamerika stoppen will, dann muss es die Länder der Region viel stärker als werteverwandte strategische Partner in den Blick nehmen. Europa muss Präsenz zeigen und Lateinamerika echte, attraktive und verbindliche Angebote machen. Für Europa ist es höchste Zeit, zu handeln.

Sebastian Grundberger ist Leiter des Regionalprogramms Parteiendialog und Demokratie in Lateinamerika und des Auslandsbüros Uruguay der Konrad-Adenauer-Stiftung.



[Frankfurter Allgemeine Zeitung, 07.03.2022, Nr. 55, S. 10](#)

Angst vor der Achse China-Russland-Pakistan

Indien, der „Wertepartner“ des Westens,
nimmt weiter Rücksicht auf Moskau

Till Fährnders

Obwohl die allermeisten Länder den Angriff Russlands auf die Ukraine mittlerweile verurteilt haben, hält sich die bevölkerungsreichste Demokratie der Erde in dem Konflikt bislang auffällig zurück. Die Regierung in Neu Delhi hat sich in allen UN-Gremien, in denen der Angriff Russlands bisher von einer Mehrheit per Resolution verurteilt worden war, ihrer Stimme enthalten. Die offiziellen Stellungnahmen Neu Delhis gingen bisher nicht über den Aufruf zur Beendigung der Gewalt und der Respektierung der „territorialen Integrität und Souveränität aller Staaten“ hinaus. Dabei haben neben der Ukraine selbst, die Indien zu einer klaren

Verurteilung der russischen Aggression aufgerufen hatte, auch die USA und die EU keinen Zweifel daran gelassen, dass sie sich von ihrem „Wertepartner“, als der Indien gesehen wird, mehr erwarten.

Doch Neu Delhi steckt in einem Dilemma: An der Grenze im Himalaja sowie im Indischen Ozean übt China militärisch zunehmend Druck auf Indien aus. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten hatte es an der Grenze vor zwei Jahren auch wieder Tote gegeben, darunter 20 indische Soldaten. Für die eigene Drohkulisse ist das Land auf die russischen Lieferungen angewiesen, die

Schätzungen zufolge mehr als die Hälfte der indischen Waffenimporte ausmachen. Indien hat seit vielen Jahrzehnten russische Kampfflugzeuge, Hubschrauber und U-Boote im Einsatz. Für den Kauf russischer Boden-Luft-Raketen hatte Indien schon vor dem Krieg in der Ukraine sogar amerikanische Sanktionen in Kauf genommen. Beim Besuch von Russlands Präsident Wladimir Putin in Neu Delhi nur wenige Wochen vor der Invasion hatten die beiden Länder weitere Waffengeschäfte vereinbart.

Darüber hinaus kann die „strategische Partnerschaft“ zwischen Indien und Russland auf eine lange Tradition zurückblicken. Sie geht zurück bis auf die Zeit des Kalten Kriegs, als Indien zu den sogenannten Blockfreien gehörte. Das Verhältnis überdauerte auch das Ende der Sowjetunion und Indiens Abkehr von einem sozialistisch geprägten Wirtschaftssystem. Die anhaltende Zusammenarbeit äußerte sich dann auch schon in Indiens Zurückhaltung bei der russischen Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim 2014. Auf der anderen Seite hatte Russland auch eine kritische Resolution zur indischen Politik in der Unruheregion Kaschmir verhindert.

Gleichwohl hat sich Neu Delhi im drohenden Konflikt mit China auch immer mehr den USA angenähert. In den Indopazifik-Strategien des Westens spielt Indien die Hauptrolle in dem Bemühen, ein Gleichgewicht zu China in der Region zu schaffen. Dafür schaut der Westen auch weitgehend über die Gängelung religiöser Minderheiten in Indien hinweg. Doch die Zurückhaltung, mit der Indien auf die russische Aggression reagiert, zeugt von einer Kluft zwischen Neu Delhi und den neuen Partnern. Zwar verzichtet Washington bisher darauf, Indien direkt zu kritisieren. Dennoch wird deutlich gemacht, dass man sich eine klarere Positionierung Indiens wünschen würde. In einer internen Mitteilung des US-Außenministeriums an seine Botschaften, die der Presse zugespielt worden war, hieß es, dass sich Indien mit seiner Haltung faktisch auf die Seite Moskaus geschlagen habe.

Bei einem Onlinegipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der sogenannten Quad, zu der

neben den USA und Indien auch Australien und Japan gehören, hatte Präsident Joe Biden gesagt, es gebe in der jetzigen Situation keinen Raum für „Mehrdeutigkeit“. Jedoch gelang es Indien, selbst in diesem Rahmen eine direkte Verurteilung Russlands zu verhindern. Schließlich muss Neu Delhi auch fürchten, dass sich die Lage im Indopazifik als Folge zu seinen Ungunsten entwickelt. So könnte sich Moskau noch stärker China annähern. Auch eine Achse China-Pakistan-Russland erscheint möglich, schließlich weilte der pakistanische Ministerpräsident Imran Khan zu Beginn der russischen Invasion in der Ukraine in Moskau. Indien sorgt sich auch um die Entwicklung im Nachbarland Afghanistan, aus dem sich die USA militärisch zurückgezogen haben. Die Regierung in Neu Delhi muss außerdem befürchten, dass der Krieg in Osteuropa die Aufmerksamkeit der EU und der USA wieder aus dem Indopazifik ablenkt.

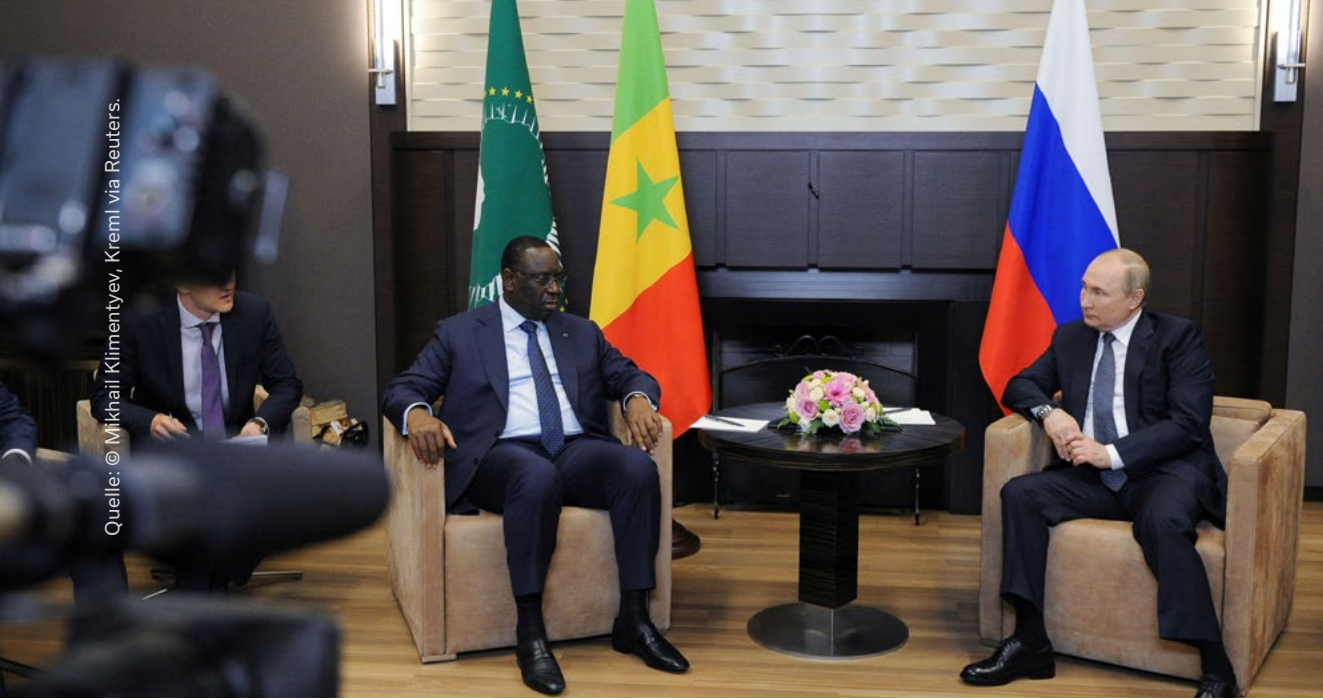
Hinzu kommt, dass der Blick der indischen Öffentlichkeit auf den Krieg ein anderer ist als in Europa. Die Medienberichterstattung kreist vor allem um die möglichen Auswirkungen auf die Wirtschaft sowie um die Rettung Tausender in der Ukraine gestrandeter indischer Studenten. Das Narrativ, wonach der Westen zumindest eine Mitschuld am Krieg trage, findet in Indien auch einige Anhänger. Unter dem Hashtag #IStandWithPutin zeigen manche Inder sogar Sympathien für den russischen Präsidenten, den sie für seine vermeintliche Stärke bewundern. Dagegen werden die USA traditionell kritisch beäugt. Der Politologe Harsh V. Pant weist darauf hin, dass in den indischen Straßen wahrscheinlich längst amerikanische Flaggen brennen würden, wenn die USA ein Land auf diese Weise angegriffen hätten.

Der Geostratege Brahma Chellaney kritisiert auch die den USA zugeschriebene Haltung, wonach ein Land im Konflikt entweder für sie sei oder gegen sie. So ganz möchte sich Indien von seiner „strategischen Autonomie“ nicht verabschieden. Harsh V. Pant fordert aber eine Kursänderung. „Neu Delhi wird schwerlich von einer ‚regelbasierten‘ Ordnung sprechen können, wenn es nicht bereit ist, für dieselben Prinzipien

anderswo einzutreten“. Moskaus Bedeutung für Indien schwinde, während der Westen wichtiger werde. Pant: „Nun, da Russland die Rolle des Störenfrieds weiterspielt, müsste Indien über eine Neugestaltung seiner Beziehungen zu Russland nachdenken.“

Till Fährders ist politischer Korrespondent der F.A.Z. für Südostasien, Australien und Neuseeland mit Standort in Singapur.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de.



Putins Fürsprecher

Wie sich die russische Kriegspropaganda in Afrika verbreitet

Christoph Plate

Walentina Matwijenko ist die Vorsitzende des russischen Föderationsrats, kommt aus Putins Petersburger Zirkel und bekleidet das dritthöchste Staatsamt in Russland. Ebenjene Matwijenko wurde knapp vier Monate nach Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine nach Afrika geschickt, um mit einer großen Delegation in Maputo, der Hauptstadt von Mosambik, für den Angriffskrieg zu werben. Europäische Botschafter in der Hauptstadt am Indischen Ozean bemühten sich nach Kräften, bei der herrschenden Frelimo-Partei eine kritische Haltung gegenüber Moskau zu erbitten. Doch die Kader der ehemaligen kommunistischen Einheitspartei Mosambiks mochten sich nun gar nicht für die Ziele des Westens einspannen lassen – und bereiteten Matwijenko einen großen Empfang.

Moskaus Propagandamaschine zur Verteidigung der Aggression gegen die Ukraine setzt in Afrika genau dort an, wo alte Beziehungen bestehen: in den ehemaligen Volksrepubliken wie der Republik Kongo und eben Mosambik sowie bei früheren Befreiungsbewegungen wie dem südafrikanischen African National Congress (ANC), die die UdSSR früher in ihren Kämpfen gegen den Kolonialismus unterstützt hat. Und man pflegt die Beziehungen zu Geschäftspartnern in Afrika, mit denen man Minen betreibt, denen man Militärgüter verkauft und militärische Beratung und Söldnerdienste anbietet, wie in Mali oder der Zentralafrikanischen Republik. Die Strategen in Moskau wussten schon vor dem Krieg, dass es nicht nur für die Geschäfte, sondern auch für Abstimmungen in der UN-Vollversammlung

wichtig ist, viele afrikanische Staaten auf ihre Seite zu ziehen. So lud Putin im Oktober 2019 Dutzende afrikanischer Staats- und Regierungschefs zu einem Russland-Afrika-Gipfel nach Sotschi ein.

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine wird von einer Mehrheit afrikanischer Regierungen als „Krieg des weißen Mannes“ betrachtet. Man gibt sich in Südafrika, Senegal oder Äthiopien formal neutral. Gesprochen wird aber fast ausschließlich mit Moskau. Der Vorsitzende der Afrikanischen Union, Senegals Präsident Macky Sall, besuchte Putin in Sotschi. Russlands Außenminister Sergej Lawrow bereist afrikanische Hauptstädte, applaudiert wird ihm dabei von einer Garde junger Politiker in Äthiopien oder Uganda, die keine Erinnerung an die UdSSR haben, aber felsenfest überzeugt scheinen, Russland sei nie eine imperiale Macht gewesen und habe niemanden kolonisiert. Auf Twitter feiert der Sohn von Ugandas Langzeitherrscher Museveni die Russen, auch junge Leute aus dem Umfeld des ehemaligen südafrikanischen Präsidenten Jacob Zuma gerieren sich als Putin-Anhänger. Wenn dann noch Südafrikas Verteidigungsministerin Thandi Modise im August an einer Militärkonferenz in Moskau teilnimmt, kann das nur als eindeutiges Zeichen nach innen wie außen gewertet werden, dass man treu an der Seite Putins stehe.

Doch Russland vertraut nicht allein auf diese guten Beziehungen. Besonders rege sind die Social-Media-Abteilungen der russischen Botschaften: Sie drängen auf Gegendarstellungen, platzieren lange Meinungsstücke von Außenminister Lawrow oder schicken Leserbriefe, in denen das offizielle Narrativ vertreten wird. Kurz nach Kriegsbeginn bedankte sich die russische Botschaft in Pretoria auf Twitter bei den vielen Südafrikanern, die Russland Zeichen der Sympathie und Unterstützung für die Militäroperation in der Ukraine entgegengebracht hätten, bei der es schließlich um die Befreiung des Landes von Neonazis gehe. Die Deutsche Botschaft konterte entgegen allen diplomatischen Gepflogenheiten mit einem viel beachteten Tweet: Es gehe hier nicht um Neonazis, sondern dieser russische Angriff töte unschuldige Menschen. Doch

deutsche Diplomaten und Stiftungsvertreter klagen, wie schwer es geworden sei, von westlichen Werten wie Gewaltenteilung und der Bedeutung einer freien Presse zu sprechen, wenn Bundeskanzler Olaf Scholz zeitgleich den saudischen Kronprinzen besucht, der laut US-Geheimdiensten den Mord an dem kritischen saudischen Journalisten Jamal Khashoggi befohlen haben soll.

Als kürzlich in Malis Hauptstadt Bamako und in Ouagadougou, der Kapitale des benachbarten Burkina Faso, die Militärs putschten, wurden bald darauf Wimpel in den Nationalfarben Russlands geschwenkt. Das Digital Forensic Research Lab des Atlantic Council in den USA hat seit Februar 2022 koordinierte Facebook-Kampagnen der Russen registriert, in denen es gegen den Westen, speziell gegen Frankreich, ging. RT, der in der EU formal mit Sendeverbot belegte Propagandasender, der früher Russia Today hieß, ist ebenfalls auf dem afrikanischen Kontinent aktiv. Seitdem das RT-Programm vom populären Satelliten-TV-Anbieter Multichoice aus dem Programm genommen wurde, wird es nun per chinesischem Satelliten angeboten. Ende Juli erklärte RT, dass man einen englischsprachigen Newsroom in Johannesburg eröffnen wolle. Leiterin soll die Südafrikanerin Paula Slier werden, die früher das RT-Büro in Israel geleitet hat. Die Unruhe unter seriösen Journalisten in Südafrika ist beträchtlich, geht es doch um die Frage, wer in Zukunft welches öffentliche Narrativ bestimmt. Schon jetzt bietet RT sein Material kostenlos auch öffentlich-rechtlichen Sendern auf dem Kontinent zur Weiterverbreitung an.

In Mosambik ist wenige Monate nach dem Besuch der Vorsitzenden des Föderationsrats Matwijkenko immerhin die Einsicht gewachsen, dass man es sich nicht ganz mit Europa und dem Westen verderben sollte. So muss sich der russische Botschafter in Interviews mit kritischen Journalisten unangenehme Fragen gefallen lassen. In der Parteizeitung Noticias, so klagen europäische Diplomaten in Maputo, werde er regelmäßig auf Seite eins zitiert, die europäische Position komme gar nicht oder nur auf den hinteren Seiten vor. Aber Mosambiks Präsident Filipe Nyusi habe immerhin mit dem ukrainischen

Präsidenten Wolodymyr Selenskyj telefoniert, auch sei der ukrainische Botschafter in Maputo empfangen worden.

Europäische Positionen müssen in dieser Auseinandersetzung mit Moskau viel präsenter werden, um Desinformation zu entlarven beziehungsweise zu „debunkten“, wie es bei den Faktencheckern heißt. Dazu braucht es mehr Ressourcen als die bisher in Berlin und Brüssel eingesetzten Mittel gegen Desinformation. Vor allem aber braucht es politische Entschlossenheit, mit der die immense Gefahr der russischen Propaganda als solche benannt wird. Denn Russlands Desinformation richtet großen Schaden an – in Europa und eben auch in Afrika.

Christoph Plate ist Leiter des Medienprogramms Subsahara-Afrika der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Johannesburg, Südafrika.



Quelle: © Guang Niu, Reuters.

In den Fängen der Diktatoren?

Warum wir wirtschaftliche Abhängigkeiten reduzieren,
aber Abschottungstendenzen widerstehen müssen

Jan Cernicky

Die aktuelle Debatte um die Auswirkungen wirtschaftlicher Verflechtungen mit dem Ausland, bestimmt durch die fatale Abhängigkeit von russischen Energielieferungen, konzentriert sich vor allem auf politische Risiken – und kaum auf Chancen. Dabei sind Letztere beträchtlich. So erkannte der Ökonom David Ricardo schon vor 200 Jahren in seiner Theorie des komparativen Kostenvorteils: Wenn Unternehmen aus unterschiedlichen Staaten miteinander Handel betreiben, können sie sich auf die Produktion der Güter konzentrieren, mit welchen sie am konkurrenzfähigsten sind. So werden in beiden Ländern Ressourcen effektiver genutzt, der Wohlstand steigt, beide profitieren.

Abhängigkeiten von Lieferanten sind zudem in vielen Fällen gut durch langfristige Lieferverträge und einen funktionierenden Rechtsstaat beherrschbar. Es ist zudem möglich, vielen Risiken vorzubeugen, indem Unternehmen bei mehreren Lieferanten einkaufen und so den Ausfall eines Lieferanten verkraften können.

Schwieriger wird es, wenn es nur wenige Lieferanten gibt und diese ihren Sitz im Ausland haben. Denn hier gibt es für den deutschen Staat im Konfliktfall kaum Möglichkeiten, die Einhaltung der Verträge zu erzwingen. Sofern eine langfristige Rechtssicherheit besteht, wie etwa in EU-Staaten, muss man sich keine allzu großen Sorgen machen. In autoritären Staaten

hingegen sind die Voraussetzungen in Sachen Rechtssicherheit ungünstiger. Daher ist es nicht überraschend, dass gerade in solchen Staaten die größten Risiken bestehen. Das kann, wenn die Abhängigkeiten konzentriert auftreten, das ganze deutsche Wirtschaftssystem beeinträchtigen – wie das Beispiel des russischen Gases deutlich macht.

Es lohnt sich, das Ausmaß und die Struktur der wirtschaftlichen Verflechtung mit autoritären Staaten zu betrachten. Diese können in drei unterschiedliche Dimensionen unterteilt werden:

1. mit Blick auf Absatzmärkte;
2. mit Blick auf Importe von Zulieferteilen;
3. mit Blick auf den Import von Roh- und Grundstoffen.

Unter den 100 wichtigsten Exportdestinationen Deutschlands finden sich 22 Staaten, die in der Bewertung der Nichtregierungsorganisation Freedom House als „nicht frei“ eingestuft werden. Zusammen machen sie knapp 13 Prozent des Werts der Exporte in die 100 wichtigsten Länder aus. Wirklich bedeutend war hier neben China nur die Russische Föderation, die 2021 auf Platz 14 stand. Ohne China beträgt der Anteil der autoritären Staaten an den Exporten in die 100 wichtigsten Länder nur fünf Prozent. Eine bedeutende Abhängigkeit scheint sich hieraus nicht zu ergeben.

Nun sagt die Gesamtschau nicht alles. Einzelne große Unternehmen sind stark vom chinesischen Markt abhängig. Auch wenn also die Gesamtwirtschaft nur zu einem moderaten Maße vom chinesischen Absatzmarkt abhängt, gibt es dennoch Hinweise darauf, dass sich einzelne Unternehmen, nicht zuletzt im Bereich der Automobilindustrie, deutlich stärker „in den Fängen“ der Kommunistischen Partei Chinas befinden.

Die Frage nach den Importabhängigkeiten ist deutlich komplexer. Auf der einen Seite wird die Abhängigkeit von Zulieferteilen aus China regelmäßig überschätzt. Auf der anderen Seite fällt die Antwort auf die Frage nach Importabhängigkeiten von Rohstoffen beunruhigend aus. Dass

Deutschland fast alle fossilen Brennstoffe aus dem Ausland – bisher zu einem bedeutenden Anteil aus Russland und zukünftig verstärkt aus anderen Autokratien wie den Golfstaaten – einführt, ist allgemein bekannt. Jedoch besteht beim Bezug von wichtigen Industriemetallen eine noch größere Konzentration auf wenige Lieferländer, vor allem auf China, das in manchen Fällen mehr als 80 oder sogar mehr als 90 Prozent der Mengen liefert.

Nach diesem Befund stellt sich die Frage nach den Handlungsmöglichkeiten. In Bezug auf die Absatzmärkte ließen sich etwa Anreize zu einer Diversifizierung schaffen, indem die Programme der Auslandshandelskammern zur Markterschließung nicht nur weiter ausgebaut, sondern auch unkomplizierter und stärker auf kleine und mittelgroße Unternehmen ausgerichtet würden. Eine solche Diversifizierung muss nicht darauf abzielen, neue Lieferbeziehungen nur mit Demokratien aufzubauen. Auch eine „unpolitische“ Diversifizierung, im Besonderen zulasten Chinas, senkt die Wahrscheinlichkeit, von einzelnen Autokratien abhängig zu sein. Auf der Importseite würden solche Abkommen ebenfalls helfen, denn sie erleichtern auch ausländischen Exporteuren das Geschäft in Deutschland.

Gleichwohl löst dies die Probleme der Importabhängigkeit von Roh- und Grundstoffen nur geringfügig, denn sie sind mit einer Konzentration von Produktionskapazitäten in wenigen Ländern verbunden. Hierbei erscheint das aktuelle Problem mit russischem Gas zumindest mittelfristig lösbar, da auch andere Lieferanten im Prinzip genug liefern können. Bei den Grundstoffen aus China sieht dies jedoch anders aus. Kurzfristig lässt sich das Problem mit gezielter und im Notfall staatlich unterstützter Lagerhaltung minimieren. Doch auf längere Sicht müssen Deutschland und die EU dazu beitragen, dass neue Kapazitäten außerhalb Chinas geschaffen werden.

Ein Aufbau alternativer Verarbeitungskapazitäten für strategisch bedeutsame Metalle löst aber nicht das Problem, dass die Vorkommen der Erze, aus welche die Metalle ursprünglich aus der Erde

geholt werden, in einigen Fällen auf wenige Länder konzentriert sind. Es verhält sich durchaus so, dass in vielen Fällen auch hier autoritäre Staaten die Hauptlieferanten von Rohstoffen sind. Hier helfen nur enge und idealerweise vertraglich fixierte Handelsbeziehungen, denn am Ende werden wir nicht am Handel mit unangenehmen Partnern vorbeikommen. Mit entsprechenden Abkommen – selbst wenn sie von undemokratischen Regimen nur zum Teil umgesetzt werden – befinden sich deutsche Unternehmen in autoritären Staaten wie China in einer deutlich stärkeren Position und können so zur Versorgungssicherheit in Deutschland beitragen.

Auf mittlere Sicht ist es in vielen Fällen durchaus möglich, unerwünschte Verflechtungen zu reduzieren. Das ist aber ein teures Unterfangen – gerade zu Zeiten hoher Inflation. Wir werden ertragen müssen, dass weiterhin Handel mit nichtdemokratischen Staaten betrieben wird. Es wird weiterhin Rohstoffe geben, bei denen es wenig Auswahl an Lieferanten gibt. Wichtig ist es, möglichst breit zu diversifizieren und eigene Kapazitäten in den Bereichen vorzuhalten, in denen es funktioniert und wirtschaftlich Sinn ergibt. Darüber hinaus muss gerade mit schwierigen Partnern an einer Formalisierung der Beziehungen gearbeitet werden. Dazu gehören ausdrücklich auch Instrumente, mit denen Deutschland und die EU robust auf Maßnahmen reagieren können, mit welchen andere Staaten sich unlautere Wettbewerbsvorteile verschaffen.

Wichtiger als Zwangsinstrumente sind aber Screening-Instrumente, mit denen klar geprüft werden kann, wo gegebenenfalls eine staatliche Intervention nötig ist – und vor allem: wo nicht. Denn wir sollten das erfolgreiche arbeitsteilige Modell der deutschen Wirtschaft nicht aus Angst vor Autokraten aufgeben.

Dr. Jan Cernicky ist Koordinator für internationalen Handel und Wirtschaft in der Hauptabteilung Analyse und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung.



[Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.04.2022, Nr. 88, S. 18](#)

Ein neuer Mythos Westen

Die Ukraine kämpft um ihre Zukunft als westliches Land.
Das sollte den Westen dazu bringen, neu über sich selbst nachzudenken.

[Stefan Kolev](#)

Ordnungen werden oft durch Mythen begründet. Die beiden deutschen Republiken, die Vereinigten Staaten, die Europäische Union: Sie alle hatten Erzählungen und Bilder aus ihrer Gründungsphase, welche die Identitäten dieser Ordnungen über lange Strecken prägten. Solche Mythen können verblassen und gänzlich aus dem kollektiven Gedächtnis verschwinden, aber auch transformiert und neu gebildet werden, häufig in Momenten von Ordnungskrisen. Die Krise, in die Putin die internationale Ordnung gestürzt hat, ist auch ein Konflikt konkurrierender Mythenbildung, mit erheblicher wirtschaftspolitischer Relevanz.

Wladimir Putins Hoffnung auf einen schnellen militärischen Sieg und milde wirtschaftliche

Konsequenzen fußte auf derselben Annahme: der Schwäche des Westens. Sowohl die prowestliche Kiewer Regierung als auch die Regierungen in der EU und den USA wurden als schwach eingeschätzt. Dass Putin sich in der Ukraine so gewaltig irrte, lag auch daran, dass Tatsachen leicht von Mythen überlagert werden können. Denn für den Gründungsmythos von Putins Russland ist der Mythos vom dekadenten Westen – ob in Kiew, Berlin oder Washington – konstitutiv. Im groß angelegten ideologischen Projekt der letzten zwei Jahrzehnte, das sich als „geistige Resowjetisierung“ Russlands umschreiben lässt, ist die Überhöhung der alten sowjetischen Ordnung ebenso wichtig wie die Herabsetzung der heutigen westlichen Ordnung.

Eine westliche Ordnung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft ausgerechnet in der Ukraine, wie sie seit der Orangen Revolution im Jahr 2004 trotz allen Schwierigkeiten entsteht, ist für das Projekt der Resowjetisierung eine potentiell tödliche Gefahr. Und das nicht aus militärischen Gründen. Gerade weil Putin die zweitgrößte ehemalige Sowjetrepublik als Bruderland betrachtet, wäre es fatal, wenn dort Demokratie, Marktwirtschaft und Rechtsstaat zu einer westlichen Gesellschaft führen würden. Diese Ordnung hielt aber nun dem Angriff stand. Sie war kein Potemkinsches Dorf, das die Kreml-Strategen einfach abzureißen vorhatten, sondern ein David, auf dessen Schleuder der russische Goliath kaum vorbereitet war.

Die militärische Niederlage, die sich für Putin bereits abzeichnet, ist vergleichbar mit derjenigen der Sowjetunion in Afghanistan der 1980er-Jahre. Allerdings wiegt sie noch schwerer. Denn ausgerechnet die Ukrainer zeigen – trotz aller kultureller, sprachlicher und religiöser Nähe – mit ihrem heroischen Widerstand, wie sehr sie die Resowjetisierung ablehnen. Was die Alternative angeht, so fällt bei den Antworten in den Interviews vor Ort regelmäßig das Wort „westlich“. Obwohl viele weder im Westen waren noch eine westliche Sprache beherrschen.

Aufbruch aus dem Osten in eine bessere, aber unbekanntere Welt

Diese Sehnsucht nach „dem Westen“ erinnert an den Geist in den Transformationsländern der frühen 1990er-Jahre. In den mittel- und osteuropäischen Ländern gab es eine ähnlich kategorische Ablehnung der alten sowjetischen Ordnung, gepaart mit dem Wunsch, sich als Land auf die Reise nach Westen zu begeben. Was die heutigen Ukrainer mit den Bürgern der damaligen Transformationsländer vereint, ist, dass dieses Streben oft nicht auf eigener Kenntnis des „real existierenden“ Westens basiert, sondern auf Erzählungen und Bildern vom Westen, aus dem Fernsehen oder aus nacherzählten Erfahrungen. Am Anfang des langen Weges nach Westen steht damit der Mythos von einer besseren Welt, die man selbst kaum kennt.

Aber warum sich überhaupt als Wissenschaftler mit Mythen befassen, wenn Max Weber der Moderne eine zunehmende Entzauberung und Rationalisierung diagnostizierte? Eine Antwort bietet die Kulturphilosophie des Hamburger Philosophen Ernst Cassirer. In den 1920er-Jahren arbeitete Cassirer in seinem Hauptwerk „Philosophie der symbolischen Formen“ heraus, warum der Mythos auch in der Moderne eine wichtige Denkfigur bleiben wird. Laut Cassirer war das mythische Denken so fundamental für die Entstehung unseres Denkens, dass es trotz aller Fortschritte in der symbolischen Form der Wissenschaft ein eigener Zugang zur sozialen Realität bleiben wird.

Der Mythos Westen in Osteuropa der 1990er-Jahre kann das gut veranschaulichen. Es gab kaum belastbare Erkenntnisse über die Empirie im Westen: Man wusste nicht genau, wie wohlhabend die alte Bundesrepublik war oder wie schnell man aufholen würde. Ebenso wenig hatte man Erkenntnisse über die konstitutiven Institutionen des Westens: Wie genau Demokratie, Marktwirtschaft und Rechtsstaat funktionieren, war unklar, darüber hatte man nur Erzählungen aus der Vorkriegsgeneration sowie die Verkörperung dieser Ordnungen in Persönlichkeiten wie Reagan, Thatcher und Kohl. Die Erzählungen über die Empirie, die vagen begrifflichen Bausteine und die personifiziert wahrgenommenen Ordnungen verwob man kollektiv zum Mythos Westen.

Die Einsicht, dass Mythen in der sozialen Realität ebenso wichtig sein können wie wissenschaftliche Erkenntnis, ist gerade für Ökonomen konterintuitiv, da ja die Ökonomie wie keine andere Sozialwissenschaft die Rationalisierung der Welt untersucht. Aber die Wertschätzung für ein Denken in verschiedenen symbolischen Formen kann den Ökonomendiskurs bereichern. Der Schlüssel liegt beim Begriff „Symbolpolitik“. Symbolpolitik wird aktuell im Diskurs als Gegensatz zu einer evidenzbasierten, in Zweck-Mittel-Relationen denkenden Wirtschaftspolitik verstanden und damit disqualifiziert. Und doch könnte eine wohlverstandene Symbolpolitik sowohl bei der Bewältigung des Krieges als auch in der

Gestaltung der Nachkriegsordnung eine Schlüsselrolle als Ordnungsprinzip spielen.

Die Debatte über die Sinnhaftigkeit verschiedener Sanktionshärten bietet ein Beispiel. Während der Fokus momentan auf den Kosten liegt, wird übersehen, dass Sanktionen von immens symbolischen Wert sind, den man politisch explizit berücksichtigen sollte. Die Frage, wie rigoros der Westen handelt, wie viel Schäden er bewusst in Kauf nimmt und in welcher Rhetorik dies kommuniziert wird, ist fundamental für die Wahrnehmung des Westens – kurz- und mittelfristig. Ob der Westen als stark oder als schwach wahrgenommen wird, kann kurzfristig etwa die Kampfkraft der ukrainischen Streitkräfte gegenüber dem Aggressor stärken oder auch die Aggressivität Chinas gegenüber Taiwan bremsen.

Der kurzfristige Blick auf Russland ist ganz besonders spannend. So gut wie alle Ökonomen in den Sanktionsdebatten gehen davon aus, dass Putin in Moskau fest im Sattel sitzt. Allerdings könnte die durch übergroße Abstände zu seinen Mitmenschen bekundete Angst bei öffentlichen Auftritten auch reale Gründe haben. Ein auf dem Schlachtfeld gedemütigtes Militär, ein enttäuschter und um seine kurzfristigen Taiwan-Optionen beraubter strategischer Partner China, von den Sanktionen betroffene Oligarchen, eine mutige Zivilgesellschaft, versiegende Finanzierung des Sozialstaats: All das sind nicht gerade beste Voraussetzungen für das Überleben des Regimes. Ein als stark und entschieden wahrgenommener Westen könnte im labilen Machtgefüge zu einer unerwarteten Koalition der Unwilligen führen, die Putin absetzt, um vom Westen nicht länger gedemütigt zu werden.

Es geht aber nicht nur um veränderte Wahrnehmungen. Womöglich erfolgt momentan auch eine Transformation von Mythen – innerhalb des Westens selbst. Die zahlreichen Reden des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj und die Warschauer Rede von US-Präsident Joe Biden sind eine solche Mythen-Transformation durch die explizite politische Nutzung von Symbolen, also durch Symbolpolitik. Für viele im Westen klingen sie pathetisch, auch bedienen

sich einer heroischen Sprache, die etwa als übermäßig maskulin kritisiert wird. Aber gerade dieses Unbehagen am Pathos und der heroischen Sprache zeigt, dass sich aktuell etwas bewegt. Die Ukraine kämpft nicht nur um die eigene Freiheit und die ihrer Nachbarländer. Mit diesem Kampf bieten die Ukrainer dem Westen die Gelegenheit, über sich selbst, die eigenen Symbole, Mythen und dadurch über die eigene Identität grundlegend neu nachzudenken.

Der Westen wirkt im Umgang mit sich selbst unsicher und defensiv

Wofür steht heute noch die EU? Wozu gibt es noch die transatlantischen Beziehungen? Braucht es noch die NATO? All das sind Fragen, die plötzlich gänzlich neue Antworten finden – durch die Sehnsucht der Ukrainer nach dem Mythos Westen. Bereits die Tatsache, dass viele im Westen Schwierigkeiten haben, auf diese Fragen überhaupt Antworten zu formulieren, zeigt, dass die von der Ukraine in ihrem Überlebenskampf hochgehaltenen Symbole und Mythen bei uns selbst ziemlich verblasst sind.

In den westlichen Diskursen hatte es die westliche Zivilisation in den vergangenen Jahrzehnten nicht immer einfach. Wer auf dem Campus der Universitäten auf beiden Seiten des Atlantiks über „den Westen“ gesprochen hat, sah sich häufig mit Anschuldigungen konfrontiert, die nicht gerade dazu animierten, diesen Diskurs – gerade wegen der historischen Komplexität etwa des kolonialen Erbes des Westens – für die junge Generation weiterhin kritisch zu pflegen. Für jemanden, der in einem Transformationsland der 1990er sozialisiert und mit dem Mythos Westen als zentralem gesellschaftlichem Orientierungspunkt der Transformation aufgewachsen ist, wirkt der heutige Westen im Umgang mit sich selbst defensiv und unsicher.

Ob sich das langfristig ändert und ob damit der Mythos Westen eine neue Strahlkraft entfaltet, kann sich bereits in den bevorstehenden Wochen und Monaten entscheiden. Die Diskurse über die Ukraine – und mit der Ukraine – sind entscheidend, die willkommenen Provokationen des

ukrainischen Botschafters Andrij Melnyk hierfür ein guter Start. Seine begrüßenswert undiplomatische Sprache zeigt eindrücklich auf, dass gerade in Krisenzeiten politisch korrekte Rhetorik nicht immer hilfreich ist. Botschafter Melnyk erinnert auch daran, dass die Bundesrepublik nicht nur eine historische Verantwortung gegenüber Russland hat. Stattdessen gilt diese Verantwortung all denjenigen Ländern, auf deren Territorium die Kämpfe zwischen Hitler und Stalin ausgetragen wurden. Die Ukraine ist eins der am meisten geplagten Länder dieser „Bloodlands“, wie der Yale-Historiker Timothy Snyder die Region nennt. Ein solches Land darf, wie Botschafter Melnyk unmissverständlich zu verstehen gibt, nie wieder zur passiven Verteilungsmasse werden, über deren Zukunft die Großmächte befinden.

Aber selbst wenn in diesem neuen Diskurs mit der Ukraine während des Krieges eine Neubestimmung des Westens auf sich selbst gelingt, ist damit nicht gesagt, dass sie von Dauer sein wird. Eine Mythenbildung benötigt Zeit – und einen stabilen rhetorischen Kontext für die Konsolidierung des Mythos im kollektiven Gedächtnis. Diesen Kontext kann der EU-Beitrittsprozess der Ukraine bieten. Erfreulicherweise hat die EU eine beschleunigte Beitrittsperspektive für die Ukraine angeboten. Trotz aller berechtigten Skepsis: Gerade die Erfahrungen aus Bulgarien, das mit ähnlichen Korruptionsproblemen, Netzwerken aus der alten Ordnungen und wirtschaftlichen Altlasten zu kämpfen hat, zeigen, wie essenziell die EU für den Aufbau einer westlichen Ordnung ist. Nicht sosehr durch die finanziellen Mittel, welche die Korruption eher vertiefen, sondern durch das Hochhalten des Symbols des Rechtsstaats, das ansonsten immer wieder zu verblässen droht.

Eine Beitrittsperspektive für die Ukraine ist aber auch für die EU selbst wichtig. Wenn man auf die letzten sieben Jahre zurückschaut, so schwankte die Europäische Integration zwischen zwei Trajektorien: „großes Frankreich“ und „große Schweiz“. Seit den Delors-Kommissionen ist der Trend hin zum „großen Frankreich“ unverkennbar, also hin zu mehr politischer Zentralisierung und mehr ökonomischer Regulierung.

Der Beitritt der Ukraine könnte, wie es sich in den 2000er-Jahren beim Beitritt der mittel- und osteuropäischen Länder kurzzeitig andeutete, zumindest eine kritische Überprüfung der eingeschlagenen Bewegung, vielleicht sogar eine Gegenbewegung des Pendels hin zu einer „großen Schweiz“ bringen. Waren die politischen Zentralisierungsschritte allesamt sinnvoll? Ist die sich jüngst abzeichnende Transferunion auch nach Corona und dem Krieg tragfähig? Sind Regularien, die schon für die deutsche Wirtschaft beschwerlich sind, für die Ökonomien der mittel- und osteuropäischen Länder oder gar der Ukraine tragbar? Eine selbstkritische Bilanz der EU, die nach dem Brexit nicht gezogen wurde, ist nun möglich.

Wenn man den Westen geografisch vor allem auf den transatlantischen Raum fokussiert, so bringt die Ukraine beide Seiten des Atlantiks dazu, auch über die transatlantischen Beziehungen selbstkritisch nachzudenken, die bereits vor Trump gelitten hatten. Wie ist die künftige Arbeitsteilung zwischen Europäern und Amerikanern in der Sicherheitspolitik? Was genau ist die künftige Rolle der NATO, die womöglich vor einer Erweiterung im Norden Europas steht? Wird es zu einer gemeinsamen Haltung zu China kommen, oder wird Europa bei den Äquidistanz-Versuchen bleiben? Wie engagiert werden die Amerikaner in Europa bleiben, wenn die Aggressivität Chinas gegenüber Taiwan andauert?

Nur ein Westen mit Strahlkraft kann Russlands Weg beeinflussen

Auch für die Koexistenz mit Russland in den nächsten Jahrzehnten kann der Mythos Westen von entscheidender Bedeutung sein. Das hängt vor allem damit zusammen, dass der Resowjetisierungs-Mythos der Putin-Zeit nur weichen kann, wenn andere Mythen an dessen Stelle treten. Die Kulturphilosophie Cassirers betont an zentraler Stelle, dass Mythen nicht durch die symbolische Form der wissenschaftlichen Erkenntnis widerlegt werden können. Auch ein Fall des Putin-Regimes wird nicht von allein dazu führen, dass der alte Mythos sofort an Strahlkraft verliert. Wenn sich die heutige junge Generation

von der Resowjetisierung der letzten zwanzig Jahre freimachen kann, dann nur, wenn der Westen dieser Generation einen Gegenmythos anbietet, wie die Erfahrung der Transformationsländer der 1990er-Jahre zeigt. Ob aber der heutige verunsicherte Westen dies leisten kann, ist zweifelhaft. Nur ein Westen, der mit der eigenen Geschichte kritisch umgeht und – gerade aus einem solchen Umgang heraus – mit Stolz auf die eigene zivilisatorische Leistung blickt, kann den Ausschlag bei der Richtung geben, die die russische Gesellschaft in den nächsten Jahrzehnten einschlägt. Vielleicht gelingt dann das, was in den 1990er-Jahren misslang: die Loslösung vom ewigen Joch der Autokratie, welches das russische Volk seit Jahrhunderten plagt.

Mythen können zwar immer wieder neue Formen annehmen, haben aber auch einen festen Kern. Auch der Mythos Westen hat einen solchen Kern, der über Zeit und Raum hinweg gilt. Außerdem ist dieser Mythos nicht auf Epochen wie die Aufklärung oder auf Räume wie den Nordatlantik beschränkt. Im Gegenteil, er ist ein universalistischer Mythos, den sich auch Gesellschaften zu eigen machen können, die historisch keine Aufklärung hatten und geografisch woanders liegen. Das ukrainische Volk lebt es gerade vor, das russische hat es vielleicht vor sich. Auf einen Satz gebracht, lässt sich der Westen wirtschaftspolitisch als eine Ordnung verstehen, die ständig gegen Privilegien ankämpft, welche die Mächtigen aufgebaut haben, und dabei anstrebt, einen privilegienfreien Zugang zu Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zu bieten.

Die Ukrainer wollen in einer solchen Ordnung leben, in der der wirtschaftliche und politische Erfolg von der eigenen Leistung und nicht von Beziehungen zu den mächtigen Kreisen abhängt. Die Wirtschaftsordnung und die anderen gesellschaftlichen Teilordnungen sollen nicht nur Wohlstand, sondern ebenso ein menschenwürdiges Leben in Freiheit und Gerechtigkeit ermöglichen. Damit dieser Mythos im eigenen Land Realität wird, bringt das ukrainische Volk seit Wochen Opfer, die der Westen selbst nicht zu bringen bereit ist. Hoffentlich würdigt der Westen diese Opfer, indem er der Ukraine einen

westlichen Weg öffnet und auf diesem Weg auch über die eigene Herkunft und Zukunft neu nachdenkt.

Stefan Kolev wurde 1981 in Bulgarien geboren. Er ist Professor für Wirtschaftspolitik an der Westsächsischen Hochschule Zwickau und Gründungsmitglied des Netzwerks für Ordnungsökonomik und Sozialphilosophie NOUS.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de.



[Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.09.2022, Nr. 227, S. 16](#)

Biden entdeckt die Südsee

Jahrelang haben die USA die Kleinstaaten im Stillen Ozean links liegen lassen. China sprang in die Bresche. Jetzt denkt Amerika um: Ein Gipfel soll die Wunden heilen.

[Christoph Hein / Winand von Petersdorff](#)

Die Kleinstaaten im Stillen Ozean mit ihren riesigen Seegebieten finden immer mehr Beachtung auf der Weltbühne. Nun hält der amerikanische Präsident Joe Biden einen ersten Gipfel mit zwölf Staats- und Regierungschefs im Weißen Haus ab. Die Gespräche sind Teil der neuen Strategie der Industrieländer, den in den vergangenen Jahren rasch gewachsenen Einfluss Chinas zu bremsen. Es geht um militärische Präsenz, um das Absichern essenzieller Handelsrouten, um Bodenschätze unter dem Meeresboden und die Folgen des Klimawandels. Schließlich zählen auch die Stimmen der Inselstaaten etwa bei Abstimmungen der Vereinten Nationen.

Der Konflikt der Machtblöcke spiegelt sich aktuell im Zwist mit den Salomonen. Die Inselgruppe nordöstlich von Papua-Neuguinea hatte ihre langjährigen Beziehungen zu Washingtons Partner Taiwan abgebrochen und sich Peking zugewandt. Ein Sicherheitsabkommen zwischen den Salomonen und China im April hatte die Sorge verstärkt, Peking könnte auf der Insel eine Militärbasis errichten. Das hatte zu hektischer Diplomatie von Australiern und Amerikanern geführt. Regierungschef Manasseh Sogavare versicherte dem Westen darauf hin, dass es keine chinesische Militäreinrichtung auf den Inseln geben werde.

Auf der Versammlung der Vereinten Nationen sagte Sogavare: „Die Salomonen-Inseln lassen sich nicht zwingen, eine Seite zu wählen.“ Er sieht sein Land einer unfairen Kampagne des Westens ausgesetzt, seit er die Nähe Chinas suchte. Es hat sich Ärger angestaut: Die Salomonen verweigerten sich der Bitte eines Schiffes der amerikanischen Küstenwache um Betankung eines Schiffes vor wenigen Tagen. Jetzt lancierten Diplomaten der Inselgruppe, dass sie den ersten Entwürfen einer gemeinsamen Schlusserklärung des Gipfels der pazifischen Inseln im Weißen Haus ihre Zustimmung verweigerten.

Neben den Salomonen sind Fidschi, Mikronesien, die Marshall-Inseln, Palau, Nauru, Kiribati, Papua-Neuguinea, Vanuatu, Samoa, Tonga und Tuvalu mit divergierenden Interessen und unterschiedlichen politischen Strategien. Tuvalu beispielsweise sitzt in Washington als treuer Partner am Tisch: Der Inselstaat unterhält seit gut vier Jahrzehnten diplomatische Beziehungen zu Taiwan, was ihn zu einem wertvollen Partner für die Amerikaner werden lässt. Noch vor dem Gipfel in Washington reist Präsident Kausea Natano nach Taipeh, um die diplomatischen Beziehungen zwischen den Inseln zu bekräftigen.

Die diplomatische Initiative des Westens ist von der Erkenntnis geleitet, dass die Region sträflich vernachlässigt und damit zur potentiellen Beute Chinas und seiner geostrategischen Ambitionen wurde: „Wir haben in der Vergangenheit kritischen Regionen weniger Aufmerksamkeit gewidmet, als wir hätten tun sollen“, sagte Kurt Campbell, Chefkoordinator im Weißen Haus für die Beziehungen in den indopazifischen Raum. Er machte auf einer Veranstaltung der Carnegie-Denkfabrik jüngst deutlich, dass es natürlich auch um Finanzhilfen geht: Man wolle nicht nur zuhören, sondern substanzielle Ressourcen auf den Tisch legen und belastbare Zusagen machen. Erwartet werden Programme zur Finanzierung von Infrastruktur, die die Inseln gegen Folgen des Klimawandels wappnen sollen. Zudem will der Westen den Ländern helfen, illegalen Fischfang und die illegale Ausbeutung von Bodenschätzen im Meeresgrund zu unterbinden.

Der Ministerpräsident von Fidschi, Frank Bainimarama, bringt es auf den Punkt: „Unser größtes Problem ist nicht die Geopolitik – es ist der Klimawandel.“ Gleichwohl forderte der Präsident der Vereinigung der Staaten von Mikronesien, David Panuelo, seinen Amtskollegen auf den Salomonen gerade auf, die Bindungen an Peking nicht zu eng zu gestalten. Er fürchte, dass die Region andernfalls zum „Epizentrum einer künftigen Konfrontation“ werden könne.

Die Inselstaaten spüren seit Monaten ein deutlich gestiegenes Interesse der Industriestaaten: Ein Quintett aus Amerikanern, Australiern, Briten, Japanern und Neuseeländern hatte Ende Juni das Bündnis Partner im Blauen Pazifik (PBP) aus der Taufe gehoben. „Die Region der Pazifikinseln umfasst nahezu ein Fünftel der Erdoberfläche, und sie ringt mit vielen der größten Herausforderungen, von der Klimakrise über die Pandemie bis zu wachsendem Druck auf eine regelbasierte und offene internationale Ordnung“, hieß es in deren Gründungserklärung. Mitte Juli hatte Außenministerin Annalena Baerbock erstmals die Inseln der Palau-Gruppe besucht. Washington plant Botschaften auf den Salomonen, in Kiribati und Tonga.

Die Grüne Baerbock schlug den Boden zwischen strategischer Bedeutung und Klimaschutz: „Hier berührt die Klimakrise den Kern der Sicherheit“, sagte sie. Es ginge um „die Sicherheit der Existenz“. Wie lautstark die „untergehenden“ Inselstaaten auf Hilfe gegen den Klimawandel dringen, zeigt das Beispiel Vanuatu: Dessen Regierung preschte vor, um von der internationalen Gemeinschaft einen Vertrag für die Nichtverbreitung fossiler Brennstoffe zu fordern. Modelliert nach dem Atomwaffensperrvertrag und dem Bann von Landminen, soll er die Welt daran hindern, auf längere Sicht auf Kohle, Gas oder Öl zuzugreifen. „Grundlegende Menschenrechte werden verletzt. Wir messen Klimawandel nicht in Grad Celsius oder Tonnen von Kohlendioxid, sondern in Menschenleben“, sagte Präsident Nikenike Vurobaravu vergangene Woche vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen.

Schon das zeigt, welche Distanz zwischen den Vereinigten Staaten auf der einen Seite und den von China umworbenen Pazifikinseln liegt. Einige Inselregierungen spekulieren, dass es sich lohnen kann, die Supermächte gegeneinander auszuspielen. Damit folgen sie Südostasien, dem es immer besser gelingt, die Rivalität zwischen den Vereinigten Staaten und Japan auf der einen und China auf der anderen Seite zu nutzen.

Christoph Hein ist Wirtschaftskorrespondent der F.A.Z. für Südasien/Pazifik mit Sitz in Singapur.

Winand von Petersdorff ist Wirtschaftskorrespondent der F.A.Z. in Washington, D.C.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de.

ISSN 0177-7521
38. Jahrgang
Sonderausgabe 2022



Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstraße 23
10785 Berlin
Telefon (030) 269 96-33 88
www.auslandsinformationen.de
www.fb.com/internationalreports
www.twitter.com/auslandsinfo
www.instagram.com/auslandsinfo
auslandsinformationen@kas.de

Herausgeber:
Dr. Gerhard Wahlers

Chefredakteur:
Dr. Sören Soika

Redaktion:
Dr. Canan Atilgan
Thomas Birringer
Christian Echle
Dr. Stefan Friedrich
Benjamin Gaul
Dr. Lars Hänsel
Dr. Christina Krause
Frank Priess
Thomas Tödting
Sabina Wölkner
Dr. Jan Woischnik

Redaktionelle Betreuung:
Fabian Wagener

Unter Mitwirkung von:
Alena Beram, Stella Imo, Tim Knauth,
Lina Rühl und Lyn Westphal

Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt
die Meinung der Redaktion wieder.

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. dient ausschließlich der Information. Sie darf nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Einzelheftpreis: 10 €. Im Abonnement günstiger. Für Schüler und Studenten wird ein Sonderrabatt gewährt. Für weitere Informationen und Bestellungen wenden Sie sich bitte an: auslandsinformationen@kas.de

Bankverbindung:
Commerzbank Bonn
IBAN DE43 3804 0007 0103 3331 00
BIC COBADEFFXXX

Das Copyright für die Ai-Beiträge liegt bei den Auslandsinformationen (Ai).

Das Copyright für die Beiträge aus der F.A.Z. liegt bei der Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main.

Titelfoto:
Ein Konvoi des US-Militärs ist zur Verstärkung der NATO-Ostflanke auf dem Weg zum Militärstützpunkt Wesola nahe Warschau.
© Kacper Pempel, Reuters.
Alle weiteren wie jeweils gekennzeichnet.

Gestaltung/Satz:
racken GmbH, Berlin



Ai

auslandsinformationen.de
fb.com/internationalreports
twitter.com/auslandsinfo
instagr.am/auslandsinfo